INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2.50 DM
.10.1996
Nr. 391

Hallo Leute!

Pünklich zur Anti-Idioten-Auslach-Parade erscheinen wir heute mal einen Tag früher. Natürlich haben wir die Amok-Aktion nicht vergessen und rufen alle auf, am 3.10. um fünf vor 12 Uhr zum Alexanderplatz zu kommen (auch wenn wir nicht das Volk sind)! Wir hoffen, daß es alle mitbekommen haben: Nicht Brandenburger Tor, sondern am Alex ist der Treffpunkt für die Amok-Demo. Viele flammende Grüße nach München zur Anti-Einheits-Demo und viel Kraft!!

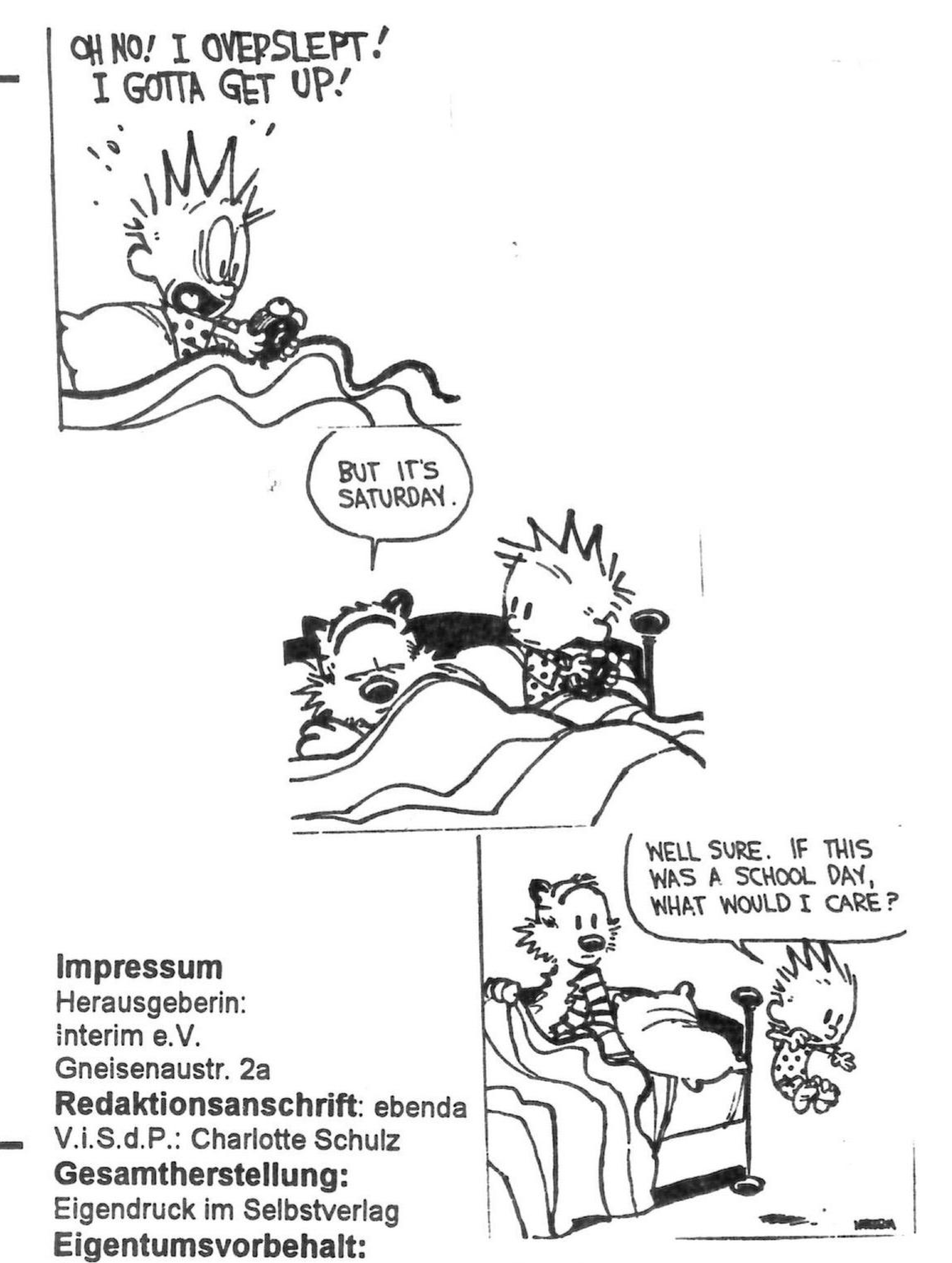
Diskussionsbeiträge sind momentan eher rar, desto mehr freuen wir uns über einen weiteren Beitrag zur Sexualitätsdebatte.

Nicht vergessen: vom 10. bis 20.10. die Aktionstage im Hüttendorf bei Dissen gegen die A33 (siehe letzte Ausgabe)!

Zur Ex-Speisekarte wollen wir zum wiederholten Mal betonen: wenn ihr schon blutendes totes Tierfleisch auf die Teller legt, dann müßt ihr wenigstens nachweisen, daß die Tiere entweder freiwillig dafür gestorben oder gewaltfrei geschlachtet worden sind.

Viel Spaß beim Lesen und schreibt mal wieder!!

Inhalt:



Ordner:

AIZ-Presseerklärung der AnwältInnen
Infos zu München am 3.10.
Nachrichtenbulletin Freie Völker
FfM-Veranstaltungshinweis vom 27.9.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a

Redaktionsanschrift: ebenda
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bewaffneter Aufmarsch verboten : - NIEMALS ! ! !

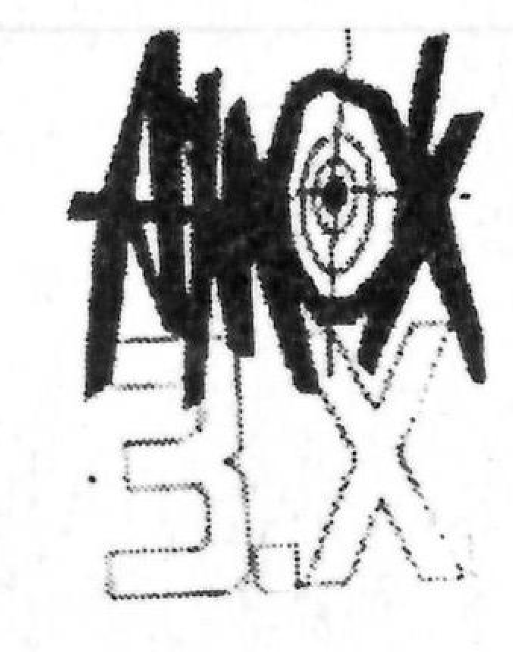
Am 3.10. ruft das Anti-Militaristische-Oberjubel-K.O.M.I.TE.E., AMOK, zur Jubelparade auf. Ursprünglich war die Route vom Brandenburger Tor bis zum Lustgarten geplant, aber die Regierung hat dem deutsch-nationalen Sauffest am 3.10.96 die gesamte Route Siegesäule bis Alexanderplatz inklusive Lustgarten zugesprochen. Dort werden Fanfarenzüge der 16 Bundesländer den deutschen Biertrinker richtig auf Trab bringen. Schirmherrin des ganzen ist Rita Süßmuth.
Wie immer, bei solchen Anlässen, ist alles andere im Innenstadtbereich verboten.

Die Ersatzroute für „Das Volk lacht das Militär aus" ist folgende:
Treffpunkt: Highnoon Alexanderplatz (fünf vor 12.00 Uhr)
Route: Karl-Marx-Str. - Strausberger Platz- Lichtenbergerstr. - Platz der Vereinten Nationen - Friedensstr.-
Abschluß und Fest: Volxpark Friedrichshain, Am Märchenbrunnen.

Bisher stehen rund fünfzig Bilder von AMOK, der Kampagne gegen Zwangsdienste, diversen Künstlern, Musikern, ein Kinderblock und ein Technoblock von Radica Rave, Motorradkorso und alles was das Jubeln jubelnswert macht.

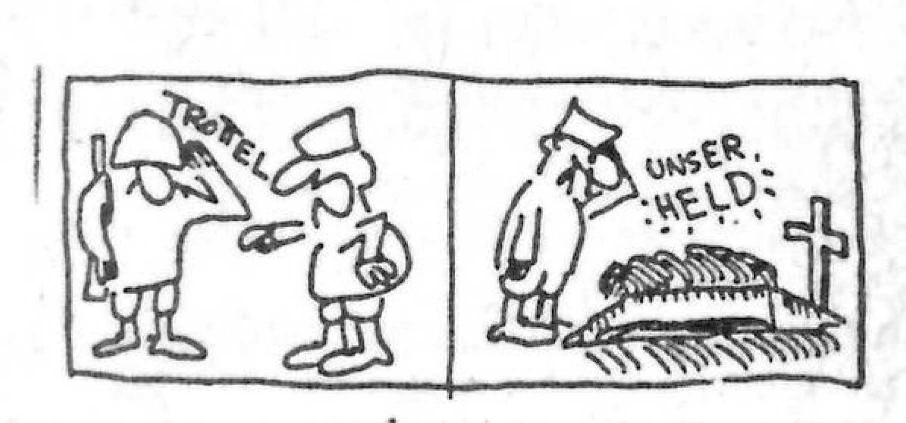


Kommt alle !
Verkleidet Euch !
Treibt groben Unfug !
Bringt Waffen mit !



Weitersagen !!!





3.Oktober 1996.
Fünf vor 12 am ~~Brandenburger Tor~~ ALEX

„Das Volk lacht das Militär aus !"

Wie jede Demo hat auch die Parade der Deserteure und WehrkraftzersetzerInnen Blaulicht und Sirenen. **EBERHARD DIEPGEN**, immer bemüht Schaden und Schande von der deutschen Hauptstadt abzuwehren, wird sich die Ehre geben vor diesem Aufmarsch der Anti-Berliner zu warnen. Alles sehr offiziell mit Begleitpersonal auf Motorrädern, denn Aufklärung ist nun mal erste Bürgermeisterpflicht. Der Vorhut folgt **DR. SELTSAM**, der Wissenschaftler und Filmstar, der als Kriegsverwundeter sein Schicksal zunächst im Rollstuhl fristen muß. „Mein Führer I can walk" so freut er sich bis heute. Ihm folgt ein **TRÜMMERFRAUENBLOCK**, mit dem auf die großen Leistungen der Frauen in und nach den Kriegen hingewiesen werden soll, aber auch auf das Hineindrängen von Frauen in Rollen. Die **THEATER TRUPPE SCHÖNEBERG** wird die Frauen mit Liedern gegen den Krieg begleiten. Ihnen folgt **uSAMBAras I.W.** Diese Sambagruppe besteht aus 18 Frauen. Ihr Lieblingssatz lautet: Impertinente Weiber mit intensiven Wellen gegen den internationalen Wahnsinn. Die Stadtteilgruppe **ROTE SÖCKCHEN** Friedrichshain wird eine lächerlich aussehende Militaristen Bande mimen. Das Publikum wird zu Liegestützen, Strecksprüngen und Strammstehen aufgefordert. Wer sich dem verweigert, kommt in den Bau. Dieser soll zum Schluß als Folge einer Revolte zertrümmert werden.



„Ich habe ein ganz einfaches Rezept zum Glücklichsein: Ich laufe jeden Tag Amok."
Hildegard Knef, 1995

MILITÄRPFARRER werden die Parade segnen und ihr ein "Gott mit Euch" mit auf den Weg geben. Tucholsky sagte 1931 einen bis heute berühmten Satz, viele Politiker sind damals wie heute für einen Ehrenschutz derjenigen "die doch nur ihre Pflicht tun". Wandelnde **TUCHOLSKY-ZITATE** werden an einen großen Schriftsteller erinnern. Vor 15 Jahren wurde **RAMBA SAMBA** gegründet, um gegen die Stationierung der US-amerikanischen Cruise Missiles in Deutschland zu trommeln und zu blasen. Nun tun sie dies für AMOK. Das Salonorchster **17 HIPPIES ODER SO** spielt Walzer, polnische und russische Volksmusik, Klezmer, Filmmusik und Schlager. Sie werden auf einem Pferdewagen aus der FREIen HEIDe spielen. **CAIPIRANHAS** haben sich nach dem brasilianischen Nationalgetränk gleichen Namens benannt. Die 15 Aktiven, sind bekannt durch viele Feten und Feste. Ihnen folgen **13 HALBE ATÜ**. Ihre Musik ist ein Streifzug durch Historie, Kontinente und Stile. Nichts wird kopiert, kaum etwas erfunden. Ihnen ist alles Salsa wie Walza. Musik von Brahms bis Weather Report, von Aalräucherei bis Zylinderstifte. Das Chanson-Punk-Duo **"DIE KORREKTEN"**, bekannt aus der Bar jeder Vernunft besteht seit 3 Jahren und Ihr Motto lautet: "Unerwünschte Themen und zauberhafte Melodien". Im Moment sind sie auf der "Jede Spende hilft, Tour 96". Davon kann auch AMOK ein Lied singen. **FELDJÄGER** sind in der Parade auf der Pirsch, leider nehmen sie immer die Falschen fest. **PERCUSSONIA** besteht aus 12 Händen, sechs afrikanischen Trommeln und dann noch sechs Berliner Frauen, die vielerlei Berliner Rhythmen percussieren. Gleich danach wird ein **MILITÄRGERICHT** Passanten zu einstweiligen Erschießungen verurteilen. Auch ein **KINDERZIKUS** ist dabei, der mit musikalischem Kinderlärm und dem Maskottchen Lumpi zeigen wird, was Kinder vom Krieg halten. Die **FRIEDENSINITIATIVE WILMERSDORF** wird eine Schafherde darstellen, die blökend von Offizier, Politik und Kapitalist zum Schlachten geführt wird. Dieses Bild paßt auch auf den von vielen Politikern gewünschten idealen Hauptstadt- und Gesamt-Berliner. Auch an **MILITÄRLASTWAGEN** fehlt es bei dieser Parade nicht, vermutlich sind es Soldaten auf Diensturlaub. Und sie bangen wohl um ihre Arbeitsplätze, denn sie fordern: "Schafft mehr Tot-Sichere Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie". Alle Stile sollen vertreten sein, wenn es gegen das Militär geht. Peace on Earth sagt die Techno-Generation. Das Militär stört da natürlich nur. **RADICAL RAVE** ist ein Techno-Tieflader der besonderen Art. Ein Haufen vergnügungssüchtiger, techno-begeisterter Polit-HedonistInnen, die mit ihrem Gefährt immer wieder auf Demos zu sehen sind. Sie werden sich mit dem Electric Ballroom, Techno-Club im SO 36 koordinieren, die ebenfalls gegen das Militär raven wollen. Die Techno-Party findet ganz am Schluß der Parade statt und danach hinter dem Alten Museum/Bodestraße in Berlin-Mitte.

Ab 14 Uhr findet am ~~Lustgarten~~ Münzbrunnen eine Abschlußkundgebung statt. Neben den nachfolgend genannten Bands und verschiedenen Wortbeiträgen gibt es Infostände, ein Kinderfest, ein Kabarettzelt und ein Zelt mit antimilitaristischen Filmen.

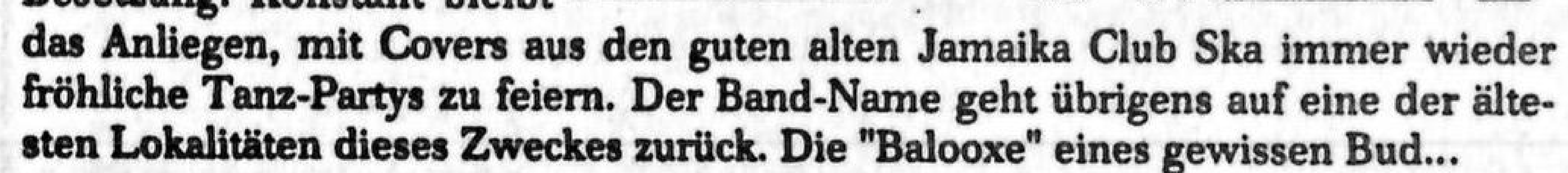
Und nach der Jubelparade eine Abschlußkundgebung mit Wortbeiträgen und diesen KünstlerInnen:

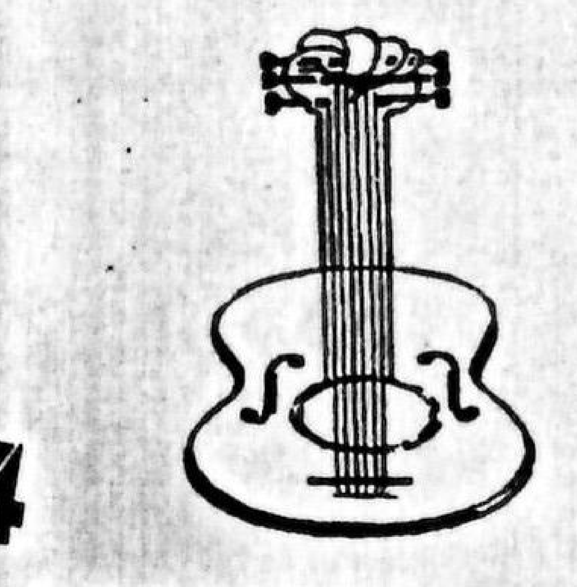
Moderation:

Jutta Kausch und Dr.Seltsam

BUD's Balooxe

BUD'S BALOOXE besteht in Berlin seit 1994 in immer wieder leicht wechselnder Besetzung. Konstant bleibt das Anliegen, mit Covers aus den guten alten Jamaika Club Ska immer wieder fröhliche Tanz-Partys zu feiern. Der Band-Name geht übrigens auf eine der ältesten Lokalitäten dieses Zweckes zurück. Die "Balooxe" eines gewissen Bud...





BRITANNIA THEATRE

Im November 1993 kam es in der Metropole Berlin zu Regenfällen, die sich in solchem Ausmaße seit dem Jahre 1927 nicht mehr ereignet hatten. Es regnete acht Tage ununterbrochen. Es regnete den reinen Wahnsinn. In diesen Tagen gründete sich die Band **"BRITANNIA THEATRE"**. Nach landesweiten Konzerten tourte die Band durch Dänemark, Belgien, Holland und Frankreich.
Ihre Musik ist Brachiale Romantik. Großstadtmusik, die durch die Verschmelzung musikalischer Stilrichtungen einen eigenen, unverwechselbaren Sound entstehen ließ.

ENGINE 54

"Die schmettern den Soul so wie einst Otis Redding" ("Zitty").

Engine 54 machen soulful reggae & ska und haben sich nach dem Ethiopians-Hit benannt, der wohl wie kein anderes Stück beweist, daß nicht das Tempo, sondern der Groove entscheidend ist. Dieser Groove, der die Faszination des Rock-Steady ausmachte, ist von **ENGINE 54** wiedergefunden und mit Soul-Elementen des altehrwürdigen Otis Redding ergänzt worden.

THE RYE





Eine Band aus Newcastle/England, die mit ihrer aktuellen CD ("DEADTIME") dort für riesiges Aufsehen sorgte. Innerhalb weniger Wochen waren sie in beinahe allen Indiemusicsendungen vertreten. Mit Geige und Leadgitarre entsteht ein unverwechselbarer Sound, der mit dem der Waterboys und REM verglichen wird. Das britische BBC RADIO ONE urteilte über **THE RYE**: "Its great".

MOTHERS PRIDE



In den letzten Atemzügen Westberlins machte sich eine Handvoll Ska-Fans daran, ihre Lieblingsmusik, mit der sie in den Clubs der Mauerstadt groß geworden sind, selbst zusammenzuschustern. So zogen sie übers Land und raubten den Menschen den Verstand. Ob Musiker immer Mamas Lieblinge sind, soll dahingestellt bleiben. **MOTHERS PRIDE** haben sich zumindest zu den Lieblingen der Berliner Ska-Gemeinde entwickelt.

Mitteilung aus der Hauptstadt

Während hier heute eine Ausstellung der Bundesregierung eröffnet wird, um die Menschen glauben zu machen, wie schön Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz werden soll, werden parallel dazu jahrelang gewachsene Strukturen zerstört, Kleingewerbetreibende, soziale Projekte und sozial schwache MieterInnen systematisch aus dem zukünftigen Regierungsviertel vertrieben. Der Regierugsumzug soll, koste es was es wolle, durchgezogen werden - dieser sogenannte Sozialstaat zeigt jetzt sein wahres, skrupelloses Gesicht.

Profiteure des gigantischen Geschäftes sind neben den Großkonzernen auch privatisierte Staatsunternehmen wie z.B. die Deutsche Bahn AG/ Bundeseisenbahnvermögen, deren Bestrebungen nach Provitmaximierung nun keinerlei Grenzen mehr gesetzt sind. Grundstücke, die in der Vergangenheit kaum Wert hatten, sind jetzt Spekulationsobjekte ersten Ranges geworden, wie z. B. das vom gemeinnützigen Verein SSB e. V.(Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin e.V.) vor fast 20 Jahren angemietete Grundstück Schöneberger Str. 22 in unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Platz.

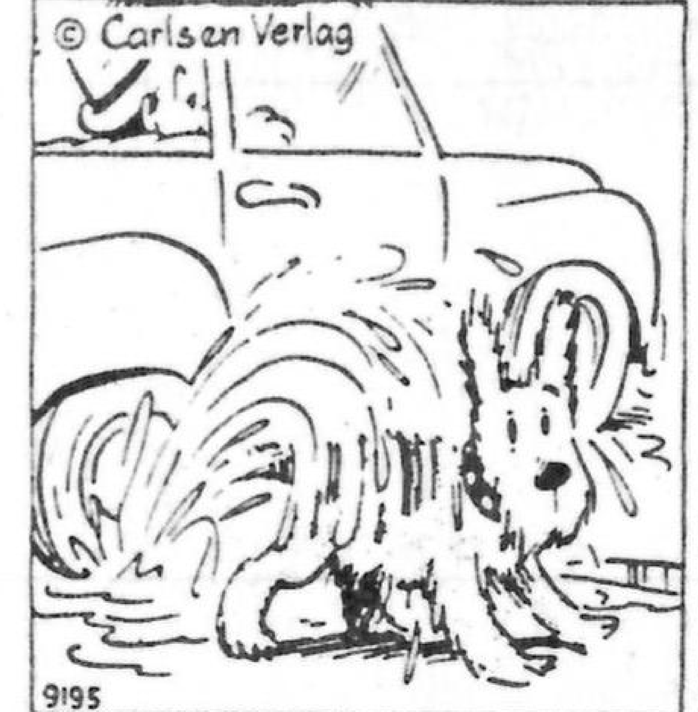
Dort existiert seit 1977 ein Arbeitslosenselbsthilfeprojekt des Vereins im Kfz-Bereich und leistet ohne jegliche staatliche Unterstützung eine erfolgreiche Arbeit. Das Projekt bietet Menschen aus sogenannten Randgruppen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben, Qualifizierungs- und Arbeitsplätze in selbstbestimmten Strukturen.

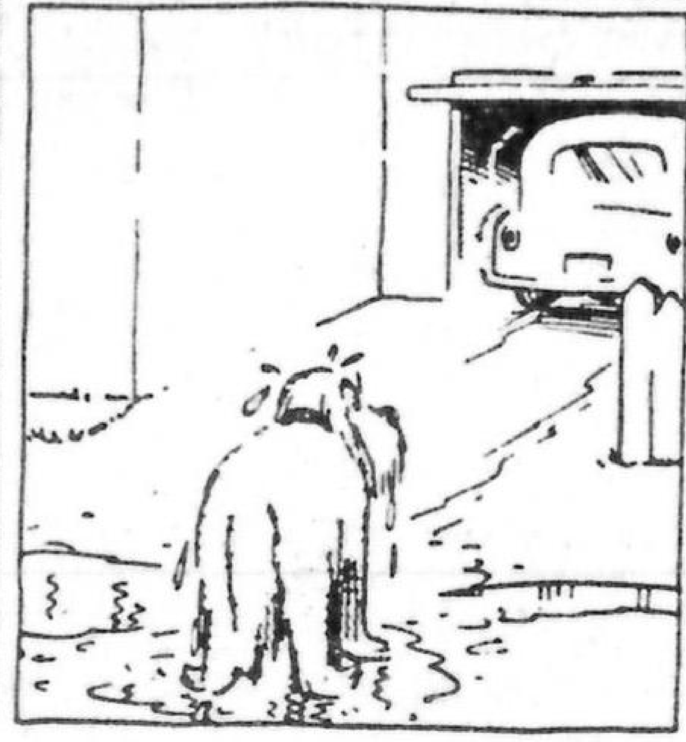
Wenn es nach der Bahn geht, soll damit bald Schluß sein! Jahrelange Eigeninitiative soll hier zunichte gemacht werden, die im Projekt arbeitenden Menschen in die Abhängigkeit von Sozial- und Arbeitsämtern getrieben werden!

1994 erhielten wir eine fast 100 % ige Mieterhöhung, die uns in die Zahlungsunfähigkeit getrieben hat. Wir haben ein Jahr lang versucht, das Geld aufzutreiben, haben uns um Unterstützung durch den Bezirk bemüht, Bettelbriefe geschrieben und uns sogar privat verschuldet. In Verhandlungen mit dem Bundeseisenbahnvermögen haben wir eine Jahresmiete von 90.000,00 DM geboten - dies reicht dem BEV nicht aus. Das Grundstück ist durch seine zentrale Lage attraktiv und profitversprechend für die Bahn geworden, ein Verkauf als Bauland wäre ein äußerst gewinnträchtiges Geschäft.

Die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg hat sich im August diesen Jahres nochmals dafür ausgesprochen, daß die Widmung des Grundstückes Schöneberger Str. 22 als Grünfläche bestehen bleibt und der SSB e. V. bis zur Realisierung Bestandsschutz genießt.

Allen Bestrebungen zum Trotz versucht die Bahn, soviel Profit wie möglich herauszuschlagen. Sie ist dabei, uns vom Gelände zu klagen und mit den anstehenden Abrißkosten von mindestens 200 Tausend DM nicht nur das Kfz-Projekt, sondern den gesamten Verein zu zerstören. Dies würde in der Konsequenz alle sieben Projekte des SSB e. V., darunter das Thomas-Weißbecker-Haus (Jugendwohnprojekt mit Treberetage in Kreuzberg) und das Drugstore (selbstverwaltetes Jugendzentrum in Schöneberg), betreffen.



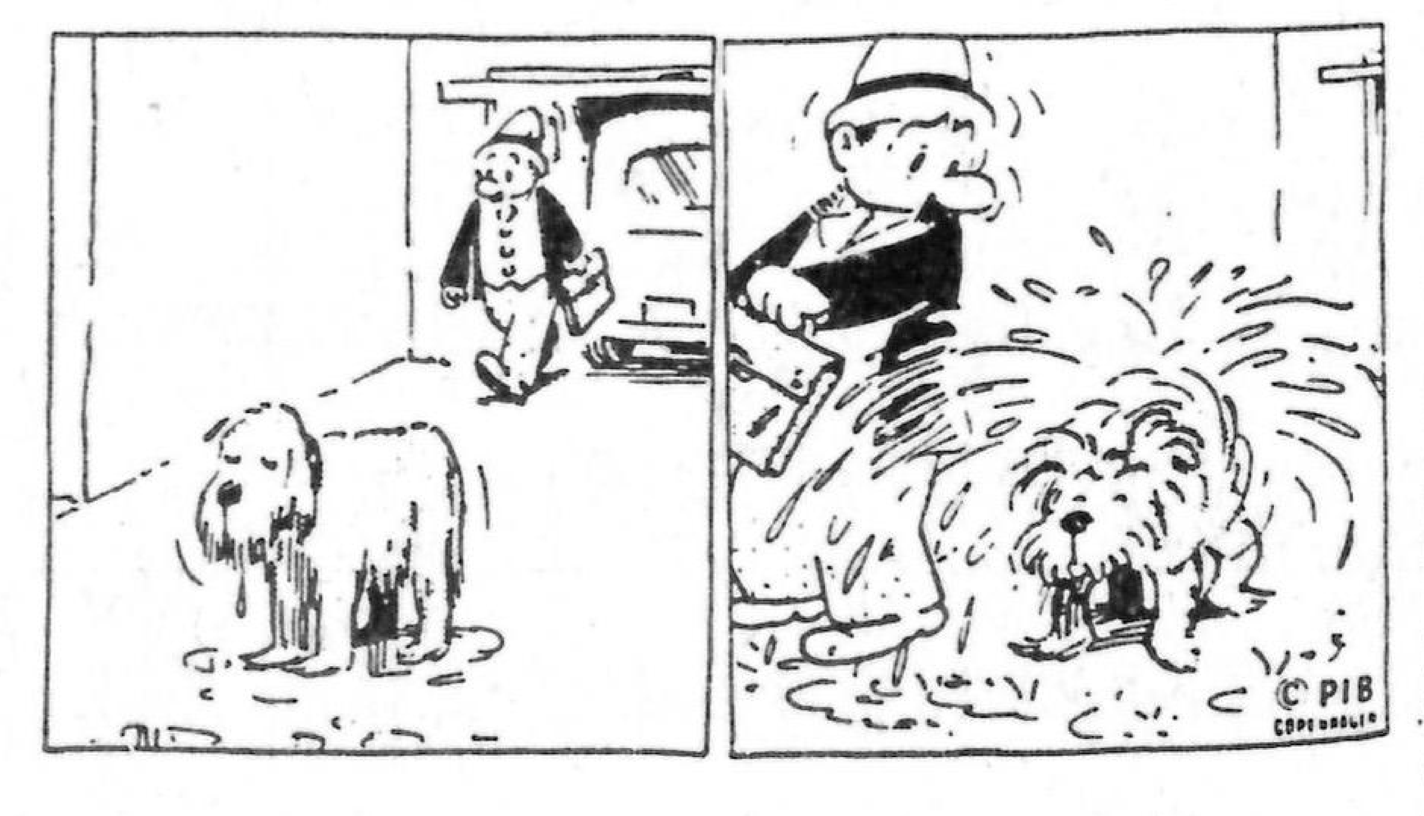


Wir fordern die verantwortlichen PolitikerInnen in Bonn und Berlin auf:

POLITISCH AUF DIE DEUTSCHE BAHN AG/ BUNDESEISENBAHNVERMÖGEN BERLIN EINZUWIRKEN,

1. DIE KÜNDIGUNG DES MIETVERTRAGES MIT DEM SSB E.V, ZURÜCKZUNEHMEN UND
2. EINEN LANGFRISTIGEN MIETVERTRAG MIT EINER FÜR DEN VEREIN BEZAHLBAREN MIETE ABZUSCHLIESSEN !!!

SSB e. V. Wilhelmstr. 9, 10963 Berlin
Tel. 030/251 29 43, Fax 030/251 85 39



Hauptstadt-Schau in der Info-Box, Proteste davor

ND: 19.09.

(ADN). Eine Ausstellung von Bundestag und Bundesregierung über den Ausbau Berlins zur Bundeshauptstadt ist seit Mittwoch in der Info-Box am Potsdamer Platz zu sehen. Die Schau kann kostenlos besichtigt werden und soll fortlaufend den aktuellen Entwicklungen angepaßt werden.

Kurz vor der Ausstellungseröffnung demonstrierten Mitglieder des Vereins Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Berlin (SSB) gegen die nach ihrer Ansicht systematische Vertreibung von sozialen Projekten, Kleingewerbetreibenden und sozial schwachen Mietern aus dem künftigen Regierungsviertel.

BAOBAB-Infoladen umgezogen

Für die nächsten zehn Jahre ist die Zukunft des BAOBAB-Infoladens gesichert. So lange läuft nämlich der Mietvertrag für die neuen Räume des BAOBAB in der Christburger Straße 3 (Prenzlauer Berg). Der endlich erfolgte Umzug beendet einen jahrelangen Schwebezustand, der die Weiterarbeit des Projektes bedrohte.
Nachdem das Haus Winsstraße 53 an einen neuen Eigentümer verkauft worden war, kündigte dieser dem Infoladen. Der BAOBAB wehrte sich und gewann auch den vom Vermieter angestrengten Räumungsprozeß. Allerdings war klar, das die Räume in der Winsstraße längerfristig nicht zu halten waren.
Ein weiteres Problem war, daß der Mietvertrag für den Eine-Welt-Laden in der Wichertstraße in absehbarer Zeit auslief und die Eigentümer dort kein Interesse an der Fortsetzung des Mietverhältnisses zu tragbaren Konditionen hatten. So war es für den BAOBAB ein Glücksfall, als ihm im Herbst 1994 die Räume in der Christburger Straße angeboten wurden. Es dauerte aber rund zwei Jahre bis der Umzug verwirklicht werden konnte, weil sich die Sanierungsarbeiten an dem Haus immer wieder verzögerten.
Jetzt sind die Räume soweit fertiggestellt, das der BAOBAB-Infoladen und der Eine-Welt-Laden wieder regelmäßig geöffnet haben. Im Infoladen gibt es wieder ein kleines Café mit der Möglichkeit, verschiedene linke Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, die Beratung für ausländische Menschen wird wieder aufgenommen, im Oktober wird es eine Ausstellung zum Sudan geben. Andere Veranstaltungen sind wegen des Umzugstresses noch nicht in Vorbereitung. Gruppen die Räume für ihre Veranstaltungen suchen, sind willkommen.



Neue Adresse:

Christburger Str. 3

10405 Berlin

Tel/Fax: 442 61 74

(Prenzlauer Berg; ca. 5 Min,. von der Winsstraße 53)

Öffnungszeiten

Infoladen:	Eine Welt Laden:
Mo - Do:	Mo - Fr:
ab 18.00 Uhr	14-18 Uhr
	Samstag:
	10-13 Uhr







RÄUMUNG DES CAFE GESCHWULST!!!

Am 27.8.96 gab das Präsidialamt der pechschwarzen FU den Befehl das Cafe Geschwulst abzuräumen. Dabei konnte Peter Lange(genug) wieder einmal als Oberfeldwebel spielen. Zwei Tage vorher bekam der Asta eine erneute Räumungsaufforderung; am 26.8. haben ca. 70 Leute ihre Solidarität mit dem Cafe,dem einzigen bunten Lichtblick des OSI's (Fachbereich Politikwissenschaft) und letzten Raum an der Uni in dem linke und linksradikale Politik möglich ist, bei einem Frühstück gezeigt.
Am 27.8. haben Bauarbeiter unter Aufsicht von 20 Zivibullen unsere Eingangstür zugemauert, die Theke, alle Sessel und Tische kaputtgeschlagen oder rausgeschmissen.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE RÜCKGABE DER VON UNS GENUTZTEN RÄUME, SONST KNALLT'S !!!
WIR LASSEN UNS DIE ZERSTÖRUNG LINKER RÄUME NICHT GEFALLEN!!!
DAS KANN NICHT MEHR LANGE GUTGEHEN, PETER!!!

SOLIDARISCHER GRUß AN'S CAFE CHAOS, LAßT EUCH NICHT RÄUMEN!!!

Wo Sitex ist, ist Leerstand drin

Die Firma Sitex schützt geräumte und leerstehende Häuser mit Stahlgittern. Leerstandsinitiativen und Besetzer bedanken sich auf ihre Weise ■ Von Gereon Asmuth

Die Räumungen durch Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) kurbeln zunehmend die Berliner Wirtschaft an. Die Kassen der Obdachlosenunterkünfte klingeln kräftig. Und noch eine weitere Branche reibt sich nach jeder Räumung dann „exbesetzter" Häuser die Hände. „Vandalismus, Hausbesetzung und Brandstiftung bei leerstehenden Immobilien nehmen rapide zu", warnt die Firma Sitex und konnte sich dank reger Nachfrage nach ihren Sicherheitsfenstern und -türen inzwischen mit einer Filiale in Berlin etablieren.

„Wohn- und Gewerberaum kann schnell und problemlos wiederverwertet werden", preist sich die Sitex als schneller Leerstandsverwerter an. Vor zwei Jahren waren die Räumungsprofiteure ehrlicher. Auf den damals noch in Blitzaktionen aus Holland herangekarrten Lieferwagen stand deutlich, worum es ging: „Leerstandssicherung". Und zwar dauerhaft, wie viele schon seit Jahren vergitterte Altbauten belegen. Dumm nur, wenn Sicherheitsgarant Sitex nicht zur Tat schreiten kann, weil der Hauseigentümer unbekannt ist. Vorgestern fragte Sitex daher in der taz-Redaktion nach der Eigentümeradresse der frischgeräumten und nun ungeschützten Häuser in der Linienstraße. Leider konnten wir nicht helfen. So wird es noch dauern, bis die Immobilienverwerter Thies und Launicke auf der Sitex-Referenzliste auftauchen.

In dieser Liste würden die beiden, deren Privaträumung der Linienstraße im Sommer 95 erst durch Gerichtsbeschluß rückgängig gemacht wurde, auf weitere Bruchspezialisten treffen, die Stahlschutz zu würdigen wissen. So machte sich Michael Stober im Oktober 1993 einen Namen, als er mit einem mit Kettensägen bewaffneten und illegalen Räumtrupp die denkmalgeschützten Türen der besetzten Kastanienallee 77 zu Kleinholz verarbeitete. Bei Stahltüren wäre das sicher nicht passiert.

Bevor sich ein Leerstandsspekulant für die laut Branchenkennern nicht ganz billigen Sitex-Platten entscheidet, sollte er sich jedoch bei anderen Referenzfirmen kundig machen. So mußte die „Hennig von Harlessem" über eine Brandstiftung in ihrer frischgeräumten Marchstraße 23 klagen, die der Sitexsicherung auf dem Fuße folgte. Und die Wohnungsbaugesellschaft im Prenzlauer Berg (WiP) könnte von den Bewohnern der Fehrbelliner Straße 5 berichten. Die wollten sich mit ihrer Räumung im Sommer 95 nicht abfinden. Sie hebelten die Sitextüren, die laut Eigenwerbung „ihre Zuverlässigkeit überall in Europa unter Beweis gestellt" haben, problemlos wieder aus.

Die Zuverlässigkeit zu schätzen wußten hingegen einige Jungpunks im April. Aus Protest gegen Schönbohms Räumungen hatten sie die sitexvergitterte Kastanienallee 71 besetzt. Die hilflose Polizei mußte drei Stunden draußen auf den Schlüsseldienst warten. Drinnen konnte sie dann nur noch zwei Kerzen auspusten. Die Besetzer waren längst entfleucht.

Richtig freuen können sich auch die Anti-Leerstand-Initiativen, die in mühevoller Kleinarbeit leerstehende Häuser mit Pinsel oder Plakaten kennzeichneten, dank schneller Gegenstreichkünste der Hauseigentümer meist nur mit mäßigem Erfolg. Jetzt dagegen weiß gleich jeder Passant, wo Sitex dran ist, ist Leerstand drin.



Sitex macht auf Leerstand aufmerksam *Foto: Sitex*

Letzte Besetzung in Mitte vorüber

Die Bewohner der Linienstraße 158 und 159 räumten sich selbst

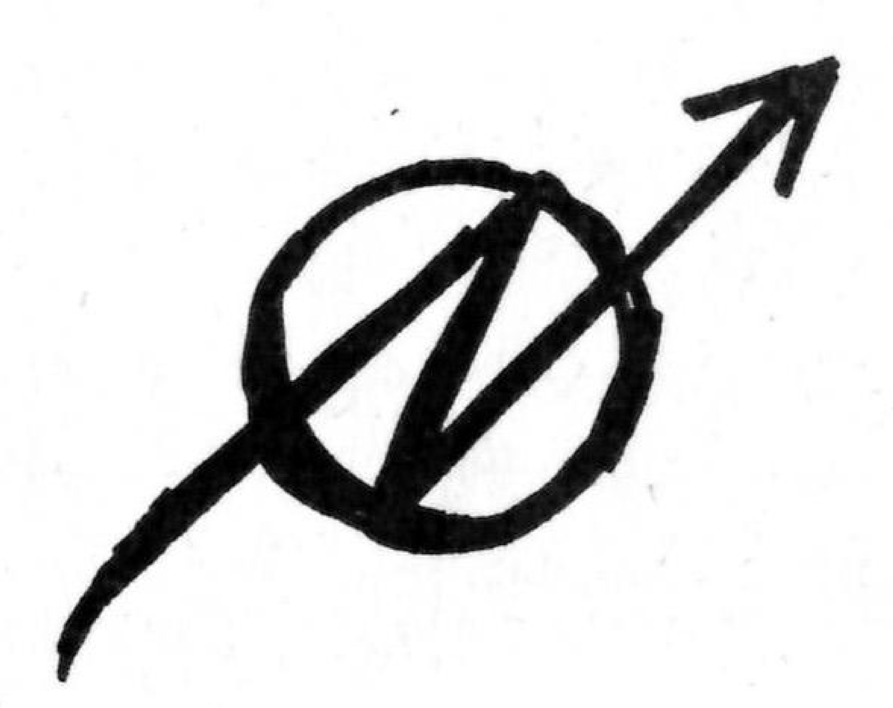
Keine fünfzig Autonome verloren sich recht kläglich an der Straßenkreuzung, als am Abend des 19. September gegen die Räumung des letzten besetzten Hauses in Mitte demonstriert werden sollte. Die Polizei war definitiv in der Überzahl, die Stimmung entsprechend gedrückt. Einen Aufstand hat das Ende der Besetzung der Linienstraße 158 und 159 nicht ausgelöst. Wer die Linienstraße kannte, hatte das allerdings auch nicht erwartet.

Die Linienstraße 158 gehört zu den Häusern, die noch vor dem 3. Oktober 1990 besetzt wurden und für die die sogenannte Berliner Linie gilt. Danach ist der Bezirk und der Senat verpflichtet, sich für eine friedliche Lösung der Besetzung einzusetzen. Im Unterschied zu den meisten anderen besetzten Häusern in Mitte, wurden die Wohnverhältnisse der Hausbewohner aber nicht legalisiert. Als 1991 am Runden Tisch verhandelt wurde, war kein verfügungsberechtigter Hausverwalter bekannt. Als später das Bundesvermögensamt offiziell berechtigt war, unternahmen die damaligen Hausbewohner keinen ernsthaften Versuch, an Mietverträge zu kommen. Als schließlich aufgrund nicht bezahlter Rechnungen die Strom- und die Wasserversorgung des Hauses gekappt wurde, stieg die Fluktuation unter den Bewohnern des Hauses zusehends. Eine feste Gruppe von Hausbewohnern, die sich aktiv um die Verbesserung der Lebensbedingungen im Haus einsetzte, kam nicht zusammen.

Das zeigte sich im Sommer vergangen Jahres, als nach einem erfolglosen Räumungsversuch des inzwischen privaten Hauseigentümers ein Runder Tisch zusammentrat. Obwohl sich der Bezirk bereit erklärte, die Bewohner bei der Lösung der dringendsten Problem Wasser, Strom und Müllentsorgung zu unterstützen, kam ein fortgesetzter Dialog nicht zustande. Erörtert wurden bei diesem Runden Tisch allerdings auch bauliche Gefahrenstellen des Hauses. So wurde den Bewohnern zum Beispiel zur Auflage gemacht, die Zugänge zum einsturzgefährdeten und baupolizeilich gesperrten Hinterhaus zu sichern.

Ein tragischer Unfall mit Todesfolge in der Nacht des 17. September führte jetzt dazu, daß die Bauaufsicht des Bezirkes das Haus erneut besichtigte und die Sperrung der Linienstraße 158 und 159 anordnete. Ein Jugendlicher war offensichtlich angetrunken aus dem Fenster gestürzt, die Polizei, die den Unfallhergang ermitteln muß, hatte die Bauaufsicht alarmiert.

Die mußte bei der Besichtigung des Hauses nicht nur feststellen, daß die Bewohner die Auflagen nicht erfüllt hatten, sondern auch, daß sie zusätzlich neue Gefahrenstellen geschaffen hatten – Durchbrüche durch tragende Wände etwa, die nicht fachgerecht gesichert waren. Teilweise extreme hygienische Zustände und ein starker Rattenbefall sämtlicher Räume ließen den Bezirksvertretern keine andere Wahl als die sofortige Sperrung. Angesichts der massiven Polizeipräsenz in der Linienstraße verließen die Bewohner auch das Haus. Die vom Bezirk angebotene kurzfristige Übernachtungsmöglichkeit im benachbarten Flüchtlingsheim wurde nicht angenommen.





Anzeige





ab dem 30. September starten wir durch mit unserem neuen Küchenkonzept. Es wird von Sonntags bis Donnerstags täglich wechselnde, warme Gerichte geben. Die Zutaten wollen wir möglichst aus dem Umland z.T. aus ökologischem Anbau beziehen, - gleichzeitig soll das Essen jedoch erschwinglich bleiben. Täglich gibt es ein vegetarisches Menü und meherere kleine Snacks.

L'Europe des luttes
(c/o Schwarzmarkt)

Repressionswelle in Italien

Am Morgen des 17. September 1996 haben ca. 300 Personen der Sondereinheiten der Römischen Carabinieri Hausdurchsuchungen bei und Verhaftungen von AnarchistInnen im gesamten Italienischen Staatsgebiet durchgeführt: 60 Durchsuchungen, 70 Ermittlungsverfahren, 20 Haftbefehle, zusätzlich noch 9 gegen die sowieso schon inhaftierten AnarchistInnen Jean Weir (eine bekannte anarchistische Autorin), Antonio Budini, Carlo Tesseri, Christos Stratigopoulos, Marco Camenisch. Die (bis auf Marco) wurden Anfang dieses Jahres, mittels einer falschen Kronzeugin, zu 6 Jahren Knast wegen 2 Banküberfälle, die sie nicht begangen haben, verurteilt. Der Berufungsprozess findet am 7.9.96 in Trient statt.

Die Repression ist Teil eines Konstruktes, aufgebauscht vom Römischen Richter Antonio Marini und von den Staatsanwälten Ionta und Vigna, mit dem Ziel die Existenz einer 'phantomähnlichen umstürzlerischen paramilitärischen anarchistischen Organisation' zu beweisen. Die erste Durchsuchungswelle fand im Februar 95 statt, aber es wurden niemals und nirgends Waffen, Geld, Verstecke oder Dokumente entdeckt, die der 'Bande' gehören könnten, welcher tatsächlich immer noch ein Name fehlt..

Einige der beschuldigten sind sofort verhaftet worden und auf Veranlassung des Richters Marini sofort in das Gefängnis von Rebibbia gebracht worden, andere sind zur Zeit noch untergetaucht. Unter den Festgenommenen befinden sich Alfredo Bonanno (Ehemann von Jean Weir, und Verfasser zahlreicher in der Anarcho-szene bekannnten Texte), Giuseppina Ricobuoni (Partnerin von Antonio Budini), Stefano Moreale, Tiziano Adreozzi, Salvatore Gugliara und Antonio Gizzo. Die Festgenommenen befinden sich in strenger Isolationshaft, und können nicht einmal mit ihren AnwältInnen sprechen.

Die Anklagen sind schwerwiegendst und reichen von 'umstürzlerische Vereinigung' über 'Bewaffnete Raubüberfälle' bis hin zu 'Mord'. Praktisch wird versucht, der anarchistischen Bewegung sämtliche ungelöste Straftaten der letzten Jahre anzuhängen, ohne dass es auch nur die geringsten Beweise dafür gibt. Besonders hinweisend auf das laufende Klima und die Akte der Verfolgung ist ein Ausspruch des Richters Marini -'bevor ich in Pension gehe, werde ich eine Terroristenbande einknasten'.

Äusserst beunruhigend ist auch die Presseerklärung der Carabinieri, in der von einer (nicht vorhandenen) 'umstürzlerischen Organisation' die Rede ist, welche auf 'zwei Ebenen strukturiert' sein soll: eine interne, offenbar versteckte und illegale Ebene, geschützt von einer zweiten Ebene, die sichtbarer ist, ideal um 'sich in der sozialen Umgebung zu tarnen und um gemeinsam mit anderen umstürzlerischen Subjekten in gefährlichen kriminellen Vereinigungen zu wirken'. Es ist eindeutig, dass sie mit dieser 'zweiten Ebene' vorhaben, all jene Realitäten und Orte des Zusammenseins und Solidarität zu treffen (wie El Paso in Turin oder andere besetzte Häuser, Orte und Zentren Italiens), die all jene unterstützt haben und unterstützen, die sich nicht den repressiven Apparaten des Staates unterwerfen.

Dieser Text wird mit geringfügigen Änderungen von einer Übersetzung eines italienischen Textes von A-Infos (D) nachgedrückt. Für mehr Infos könnt Ihr anschreiben: A-Infos (D), c/o Barrikade, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers, Deutschland. Es gibt auch eine Broschüre zu den Anklagen gegen Jean, Christos, Antonio und Carlos, für 3 DM + 1, 50 Porto bei Die Lunte, Haus 33, Dogmagstr. 33, 80807 München erhältlich.

Straßenfeste in England

Am 24.8. also am Tag des Strassenfestes hier im Schanzenviertel, wurde versucht eine Strassenbesetzung unter dem Motto 'unter dem Pflasterstein liegt der Strand...' in der Küstenstadt Brighton durchzusetzen. Diese wurde von einem massiven Polizeiaufgebot verhindert, und eine Jagd durch die Strassen der Stadt folgte. 80 Menschen wurden festgenommen. Wenige Tage später hat die Gruppe 'Justice?' versucht, ein Nachbereitungstreffen zu veranstalten. Der Inhaber der Räumlichkeiten, wo das Treffen stattfinden sollte, wurde aber von der Polizei gewarnt, er solle kein solches Treffen stattfinden lassen. Daraufhin haben die OrganisatorInnen das Treffen spontan auf die Polizeiwache verlegt, wo sich rund 100 Menschen im Wartesaal getroffen haben. Anwesende Polizisten wurden dadurch eher verwirrt als zum Eingreifen veranlasst! Warum der ganze Wirbel?

Die Aktion wurde als Teil der Bewegung 'Reclaim the Streets' verstanden, die es nun seit 5 Jahren gibt. Sie versucht die Bewegung gegen Strassenbau in die Stadt zu bringen, sowie zu verdeutlichen, wie dieser Kampf den Rahmen einer rein Ökologischen Bewegung sprengt. Das Auto wird als Stütze eines kränkenden industriellen Kapitalismus verstanden, seine Produktion wird gleichzeitig als symbol (und materielle Wirklichkeit) der Fabrikgesellschaft und der durch Rationalisierungen entstandenen Massenentlassungen der letzten Jahrzehnte verstanden, und der Konsum des Autos als Verherrlichung des Individualismus. Die Strasse konzipieren sie als Ort der Begegnung und Austausches, welche durch diese grauenhafte Ausprägung des kapitalistischen Systemes besetzt wird. Durch ihre Aktionen wollen sie der Herrschaft des Kapitals, wie sie in von Autos dichtbefahrenen Strassen zum Ausdrück kommt, eine andere Art Besetzung entgegensetzen. Das heisst die Zusammenkunft von feiernden Menschen, möglichst laut, unangemeldet auf Durchgangsstrassen.

Am 13.7 besetzten zwischen 3.000 (laut Polizei) und 10.000 Menschen (laut OrganisatorInnen) eine Durchgangsstrasse in London. Während der Besetzung haben AktivistInnen die Oberfläche der Strasse zerstört, und dadurch den Verkehr 3 Tage lang behindert. Solidarität mit den streikenden U-Bahn ArbeiterInnen wurde kräftig verkündet, und mehrere Aktionen zu ihrer Unterstützung wurden in den folgenden Tagen durchgeführt. Inzwischen finden mehrfach Razzien bei der Zentrale von 'Reclaim the Streets' statt, sowie in den Wohnungen von einzelnen Menschen. In der bürgerlichen Presse heisst es, dass die Ökolokiebewegung von gewalttätigen AnarchistInnen unterwandert wird!

Waffenhandel

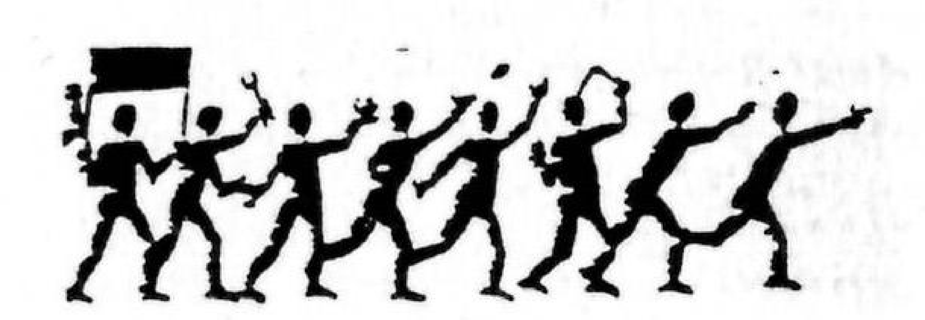
Am 2.9 fand der 'Farnborough Air Show' in Hampshire, England statt. Diese Grossveranstaltung wird alle Jahre benutzt um die Macht der Luftwaffe der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Sie ist auch ein Zentrum für Waffenhandel in aller Welt. z.B. gibt es 5 Tage vor der öffentlichen Eröffnung, in denen sich VertreterInnen von WaffenherstellerInnen und ihre KundInnen treffen. Rund 150 Menschen blockierten die Tore: 40 wurden festgenommen. Einige sind durch eine Sicherheitspanne eingedrungen und haben ein Hawk Kampflugzeug mit Farbeiern beworfen.

Die Kampagne gegen Waffenhandel ist in England ziemlich stark. Letztes Jahr wurden 4 Frauen verhaftet, weil sie ein Hawk Kampfflugzeug von 'British Aerospace' mit Hammern zerstört haben. Nach 10 Monaten Haft wurden sie im Juli freigesprochen. Der Freispruch wurde damit begründet, dass sie eine Straftat begangen hatten, die sie auch gestanden, um ein Verbrechen zu verhindern. Die Hawk Maschine wurde für Indonesien bestimmt, wo sie für die Vernichtung der Ost-Timorischen Bevölkerung wäre eingesetzt worden. Anstatt zu argumentieren dass keine Verbrechen in Indonesien gegen Ost-Timor begangen werden, und dadurch wichtige Handelsbeziehungen zu gefährden, versuchte die Staatsanwaltschaft zu beweisen, dass die Frauen aus unehrlichen Motiven gehandelt haben. Dies ist ihr nicht gelungen. British Aerospace ist eine der Firmen, die auf dem 'Farnborough Air Show' vertreten wurden.

Die nächste grosse Waffenmesse ist COPEX (Covert + Operational Procurement Exhibition) am 5.11.96. Die COPEX-Messe, mit Schwerpunkt auf Folterinstrumente und polizeiliche Bewaffnung, wurde schon aus dem Rest Europas und der USA vertrieben, aber findet in Grossbritannien weiterhin statt. Protest gegen die Messe letztes Jahr veranlasste ein Verfahren wegen übler Nachrede gegen u.a. die 'Campaign against the Arms Trade' (CAAT). Das Verfahren wurde eingestellt, sobald COPEX die Menge an gegen sie angesammelten Beweisen mitgekriegt hat. Für Infos haben wir nur eine Telefonnummer: 0044 171 281 0297 (CAAT).

Antifaschistische Selbstverteidigung

Über einen Umweg erreicht uns der folgende Aufruf zur Solidarität. Im März wurde ein Tschechischer Anti-faschist, Pavel Kroupa, in einem Prager Bus von 5 Nazis angegriffen. Pavel hat sich verteidigt, und ein Nazi ist gestorben. Pavel wurde wegen Mordes angeklagt und ins Gefängnis gebracht. Seine GenossInnen brauchen finanzielle Unterstützung für seine Verteidigung. Ob dies aktuell ist oder nicht, wissen wir nicht, aber es würde nichts schaden mal anzurufen. Anschrift für Unterstützung: Ivana Vranova, Bohunicka, 19, 60000 Brno, Tschechien. Tel. 09425-339895 (frag nach Borck).





Seit Jahren ist die BRD neben dem "Nato-Partner" Türkei der zweitwichtigste Kriegstreiber im Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung in Türkei/Nordkurdistan.

Die Behauptung von Regierung und bürgerlichen Medien, dieser Krieg sei ein Kampf gegen den "internationalen Terrorismus", ist eine Lüge, die verschleiern soll, welche imperialistischen Interessen die BRD (eingebunden in Nato und EU) mit diesem Krieg verfolgt:

- Zugang zu den Ressourcen der kurdischen Gebiete (z.B.Öl)

- geostrategische Ziele durch Sicherung und Errichtung von NATO-Stützpunkten in den kurdischen Gebieten, um ihre Weltmachtinteressen in den o.g. Regionen auch militärisch durchsetzen zu können.

- leichterer Zugang zu den Märkten und Ressourcen des sog. Nahen Ostens, den angrenzenden Staaten, der ehemaligen Sowjetunion und Zentralasien

Wie immer arbeiten Staat und Kapital dabei Hand in Hand. Sei es durch die Bereitstellung von Geldern für die "Verteidungs"-hilfe des türkischen Staates vom Auswärtigen Amt (jährlich ca.90 Mio.DM) oder die unentgeldliche Lieferung ausrangierter Waffen von Bundeswehr und NVA (sog. Rüstungssonderhilfe). Seien es direkte Waffenlieferungen oder die lizensierte Herstellung von Waffen in der Türkischen Republik durch Daimler-Benz, Heckler und Koch, und zahlreicher anderer Rüstungshersteller. Der größte Teil der Waffen der türkischen Armee stammt von hier. auch bei der Aufrüstung des Polizeiapparates der Türkischen Republik hat die BRD ihre Finger im Spiel, z.B. durch die Ausbildung von Anti-Terror-Einheiten durch die GSG-9. Sie unterstützt somit das Ziel der türkischen Regierung, jeglichen linken Widerstand zu zerschlagen.

Die BRD führt den andauernden Krieg in Kurdistan innenpolitisch weiter. Mit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, der Aufhebung des generellen Abschiebestopps, willkürlicher Observierung, Bespitzelung und Kriminalisierung (die meisten 129a-Verfahren laufen gegen Kurd/innen), Demonstrations- und Versammlungsverbot sollen hier lebende Kurd/innen Schritt für Schritt mundtot gemacht werden.

Auch das ist eine Form der Kriegsführung, die propagandistisch unterstützt wird von den bürgerlichen Medien. Kurden und Kurdinnen werden wahlweise als Terroristen, Mafia, Drogendealer diffamiert oder ihnen wird vorgeworfen das "Gastrecht zu mißbrauchen". Diese Hetze durch Medien und Politik wird als Aufhänger benutzt, um die "Ausländergesetze" zu verschärfen bzw. verschärft anzuwenden und die rassistischen Stimmungen in der Gesellschaft noch stärker zu schüren.

Je nach politischem Willen der Herrschenden kann das Gesetz willkürlich gegen jede Gruppe von Immigrant/innen, Flüchtlingen und Nicht-Deutschen angewandt werden. So ist derzeit die Verschärfung des Demonstrationsrechts für Migrant/innen und die schnellere Abschiebung von Verurteilten in der Diskussion. Das bedeutet, daß selbst die demokratischen Grundrechte für Kurdinnen und Kurden, aber auch für andere Migrant/innen, noch weiter eingeschränkt werden.

In der Türkei nimmt - trotz der Politik der Vertreibung und Vernichtung - der Widerstand zu: der Kampf der PKK und der Frauenorganisation YAJK in den kurdischen Gebieten, Hungerstreiks in den Knästen, Aktionen von Angehörigen von Verschwundenen, Mahnwachen der "Frauen in Schwarz", große Demonstrationen zum 1.Mai und die Newroz-Feiern zeigen, daß der Widerstand trotz aller Bemühungen der Herrschenden sich nicht brechen läßt.

Als linksradikale und revolutionäre FrauenLesben kämpfen wir gegen imperialistische Interessen und rassistische Gesetze. Die Interessen der BRD im Krieg gegen Kurdistan zu benennen und anzugreifen ist eine Form von Solidarität. Differenzen und Schwierigkeiten mit den Befreiungsvorstellungen der kurdischen Frauenorganisation YAJK oder auch der PKK, die die Hauptkraft des Befreiungskampfes in Türkei/Nordkurdistan ist, sind kein Grund sich zu entsolidarisieren. Wir halten es für wichtig und notwendig sich über unterschiedliche Befreiungsvorstellungen auseinanderzusetzen. Das bedeutet, auch die derzeitige Unentschlossenheit in breiten Kreisen der Frauen/Lesben-Szene und der Linken allgemein hier zu durchbrechen und dem verschiedene Formen der kritischen Solidarität entgegenzusetzen. Diese Kundgebung ist ein Versuch, in diese Richtung zu gehen.

Bewegen wir uns!!!

Wir fordern:

Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und allen anderen um Befreiung Kämpfenden!

Sofortige Beendigung des Krieges gegen Kurdistan ! Ya basta! Frieden jetzt !

Für ein Selbstbestimmungsrecht in den kurdischen Gebieten!

Weder militärische noch wirtschaftliche Unterstützung der Türkischen Republik!

Sabotiert die Kriegsgewinnler Daimler-Benz, Siemens, Thyssen und Co!

Weg mit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen und Vereine!

Keine Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes in der BRD!

Sofortige Freilassung aller kurdischer Gefangener!

Keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei!

Kein Tourismus in die Türkei !

Weg mit dem Ausländergesetz!

Recht auf politische Betätigung für Alle!

Enteignet Springer, Kirch + Co!

Schluß mit der Medienhetze !

Demo :am 12.10.1996
um 11.30 Uhr
Blücher Platz (Hallesches Tor)

Nachrichten aus dem Intergalaktischen

Es gibt jetzt einen konkreten Vernetzungsvorschlag für eine bessere Koordinierung und und Zusammenarbeit der verschiedenen Mexiko-Gruppen und Menschen die Interesse an einer Auseinandersetzung über die "neue" Politik der E.Z.L.N. ihre Theorie und Praxis und mögliche Denkanstöße Impulse,Anregungen für die Debatte um eine,unsere "neue" Politik hier im Land,haben.(Wieder soon Kettensatz)
Der Vorschlag beeinhaltet ein offenes Plenum jeden ersten Montag im Monat um 19 Uhr im FDCL,an den anderen Montagen treffen sich Arbeitsgruppen und der Bürodienst(Post,internationale Kontakte,bundesweitw Vernetzung e.t.c.)



Das erste Treffen dazu findet am 7.Oktober 19 Uhr im FDCL statt.
Themen sind u.a. Internationaler Aktionstag zu Chiapas am 12.10. (Tag d. Eroberung durch die Spanier,Kolumbusfeiern) Aktionen dazu hier in Berlin,Freilassung der E.Z.L.N. Gefangenen, Vorschlag der E.Z.L.N. im Dezember eine Consulta zu organisieren Vorbereitungstreffen in Zürich für das nächste weltweite, Intergalaktische Treffen in Europa,Veranstaltungen über das Intergalaktische Treffen in Chiapas vom 27.7.-3.8.96,im Oktober.

Soweit soviel sogut bis zum 7.Oktober

Die Intergalaktischen aus dem Betondschungel Berlins

Erneut Hungerstreik von türkischen Häftlingen

Fast zehntausend protestieren gegen Verlegungen

Ankara. AP/po
In der Türkei sind gestern erneut Gefangene in Hungerstreik getreten. Die fast zehntausend Häftlinge wollen mit der dreitägigen Aktion die Regierung zur Einhaltung des Versprechens zwingen, sie nicht in Gefängnisse weit weg von ihrem Wohnort zu verlegen.

Mit dieser Zusage hatte die Regierung von Ministerpräsident Necmettin Erbakan im Juli die Beendigung eines landesweiten Hungerstreiks erreicht. Dieser größte und längste Hungerstreik politischer Häftlinge in der Türkei hatte im Mai begonnen und 69 Tage gedauert. Die Regierung hatte erst nach internationalen Protesten und der Vermittlung einer Gruppe prominenter linksintellektueller Türken die Verhandlungen mit den Hungerstreikenden aufgenommen. An dem Hungerstreik hatten sich 2 000 linksgerichtete und kurdische Gefangene aus 43 Haftanstalten beteiligt. Darunter waren 355 „Todesfaster", von denen zwölf starben.

Erst am Dienstag dieser Woche waren in der osttürkischen Stadt Diyarbakir zehn Häftlinge bei einer Meuterei getötet worden. Mindestens zwölf Gefängnisinsassen wurden bei den Auseinandersetzungen mit dem Wachpersonal verletzt. Zu der Meuterei war es gekommen, nachdem sich die Insassen des Gefängnisses geweigert hatten, die Verlegung von 14 Mithäftlingen in die 300 Kilometer weit entfernte Strafanstalt von Gaziantep zuzulassen.

Berliner Zeitung:

28./29.09.

Tod im Knast bei Razzia

■ Neun Opfer in türkischem Gefängnis

Istanbul (taz) – „Ein Massaker im Gefängnis", titelt die kurdische Tageszeitung *Demokrasi* nach dem Tod von neun Gefangenen im Gefängnis Diyarbakir. Familienangehörige der einsitzenden Gefangenen, die zumeist Angehörige der kurdischen Guerillaorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) sind, sprachen von einem „geplanten Angriff" und „Mord". Unter großem Einsatz von Polizei und Militär wurden gestern die Toten beerdigt. Damit wollte der Staat offensichtlich Protestkundgebungen zuvorkommen.

Die angekündigte Verlegung von 14 Gefangenen, die die Gefängnisleitung als „Rädelsführer" ansieht, war Ausgangspunkt der blutigen Ereignisse. In den Zellen, in denen auch PKK-Gefangene einsitzen, weigerten sich die Mitgefangen, diese dem Wachpersonal zu übergeben. Daraufhin kam es zu einer bewaffneten Razzia in den betroffenen Zellen, in deren Verlauf neun Gefangene ums Leben kamen. Ein Dutzend Menschen sind in Krankenhäuser in Diyarbakir eingeliefert worden.

Landesweit haben die politischen Gefangenen auf die Toten in Diyarbakir mit Protesten reagiert. Hungerstreiks sind nicht ausgeschlossen, zumal die Gefangenen dem Justizministerium seit geraumer Zeit vorwerfen, gemachte Versprechungen nicht einzuhalten. Nach zwölf toten Hungerstreikenden war es Ende Juli zu einem Kompromiß zwischen Gefangenen und Justizministerium gekommen. Letzeres hatte zugesagt, Untersuchungshäftlinge in Gefängnissen nahe des Wohn- und Gerichtsortes unterzubringen. Die mittlerweile vollzogene Verlegung der 14 Gefangenen ist ein direkter Bruch des Abkommens. ö.e.

taz: 26.09.

Türkische Regierung hält Abkommen nicht ein

Entgegen ihren Zusagen, setzt die türkische Regierung das Abkommen mit den Gefangen nicht um. Von den zahlreichen Verletzungen der Vereinbarungen dokumentieren wir nur einige:

Der erste Punkt des Abkommens beinhaltete, daß die Prozesse der Verhafteten in der Stadt durchgeführt werden, in der die Angeklagten verhaftet wurden. Die Verhafteten sollen in der gleichen Stadt in Untersuchungshaft genommen werden. Dieser Punkt des Abkommens wird nicht umgesetzt. Die Neuverhafteten werden weiter in Gefängnisse in andere Städten inhaftiert. Die Verlegung der Gefangenen vom Gefängnis in Eskisehir in das Ümraniye Gefängnis in Istanbul wurden entgegen dem Abkommen nicht durchgeführt.

Entgegen der Ankündigung des Justizministers sind die Krankenhäuser auf die Behandlungen der Gefangenen nicht vorbereitet. In einigen Krankenhäusern wurden Gefangene im Stehen behandelt, sogar Serum wurde im Stehen verabreicht. Den Gefängnissen wurden keine Medikamente zur Behandlung der Gefangenen geschickt. Mit der Begründung, sie seien gesund, wurden kranke Gefangene zurück in die Gefängnisse geschickt. Die kranken Gefangenen aus dem Ümraniye Gefängnis wurden nach 15 tägiger Behandlung im Numune Krankenhaus mit Begründung, sie seien wieder gesund. zurück ins Gefängnis geschickt. Von dort wurden sie ins das Gefängniskrankenhaus von Bayrampasa verlegt.

Laut eines Berichtes der Zeitung 'Demokrasi' vom 29. August 1996 wurde die das Recht der politischen Gefangenen auf Vertretung ihrer Organisation in Verhandlungen annulliert. Ebenso wurden die wöchentlichen Treffen der VertreterInnen der Organisation verboten. Briefe und Publikationen wurden den Gefangenen nicht ausgehändigt. Laut eines weiteren Berichtes der 'Demokrasi' vom gleichen Tag werden den Gefangenen im Isolationsgefängnis von Amasya Nahrungsmittel und Kleidung in unbrauchbarem Zustand übergeben. Die Kranken werden nicht behandelt. Nur die nächsten Angehörigen dürfen die Gefangenen besuchen.

Im Gefängnis Bursa werden die BesucherInnen der Gefangenen einer entwürdigenden Untersuchung ausgesetzt.

Die Teilnehmenden am Todesfasten in Sakarya wurden nach der Erstbehandlung im Staatskrankenhaus wieder in das Gefängnis zurückgebracht. Für eine weitere Behandlung wird nichts unternommen. Als Folge sind Blutmangel. Gelbsucht und andere Krankheiten aufgetreten. Gefangenen, deren Lage kritisch ist, wurden nicht in gut ausgerüstete Krankenhäuser anderer Städte. sondern in das unzureichend ausgerüstete Staatskrankenhaus in Sakarya gebracht.

Antifa-M Presseerklärung / Autonome Wuppertal

FAX

Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen
Rote Straße 10
37073 Göttingen



Presseerklärung

Verfahren gegen Autonome Antifa (M) ENDGÜLTIG eingestellt

Die Staatsschutzkammer des Landgerichtes Lüneburg hat diese Woche das Verfahren gegen 17 Personen wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129)“ **endgültig eingestellt.** Nachdem die Angeklagten insgesamt 51.000 DM an die KZ-Gedenkstätte Mittelbau Dora in Nordhausen überwiesen hatten, sind alle Bedingungen zur endgültigen Einstellung des Verfahrens erfüllt worden. Damit sind die Akten eines 5-jährigen Amoklaufs der Celler Anti-Antifa endgültig geschlossen worden.

„Ohne das große öffentliche Interesse und den damit verbundenen Druck auf die Generalstaatsanwaltschaft in Celle wäre das Verfahren nie eingestellt worden“, so ein Sprecher der Autonomen Antifa (M). In der Tat wird diese Einschätzung durch ein Schreiben des Generalstaatsanwalts Manfred Endler (CDU) an den Generalbundes-anwalt Nehm vom 13.2.1995 voll bestätigt. Darin heißt es: *„Es kommt hinzu, daß nicht wenige der politisch einflußreichsten Freunde und Gönner der 'Autonomen Antifa (M)' in Verkennung der Rechtslage die Landesregierung öffentlich drängen, auf mich und meine Dezernenten Druck mit dem Ziel einer Einstellung des Verfahrens auszuüben“*.

Mit der Einstellung des Verfahrens kann sich die Autonome Antifa (M) wieder voll auf die angestrebte antifaschistische Arbeit konzentrieren. So wird es beispielsweise am 2. Oktober 1996 wieder eine AgitProp-Aktion mit anschließender Demonstration unter dem Motto „Kapitalismus abschaffen - Zusammen kämpfen gegen Polizeistaat und Sozialabbau!“ geben. Überflüssig zu erwähnen, daß alle 2.10.-Demonstrationen seit 1990 von der Celler Verfolgungsbehörde angeklagt wurden. Unter dem Eindruck der Celler Anklage wurde letztes Jahr am 2.10. ein Totalverbot jeglicher politischer Betätigung verhängt. Mit der Einstellung des Verfahrens sollte nun der Weg für eine Demonstration ohne Polizeipräsenz frei sein.

Die Autonome Antifa (M) hat eine 52seitige Broschüre namens *„1:1 für den antifaschistischen Widerstand“* erstellt. Hierin wird der 'Fall Autonome Antifa (M)' im speziellen und die gesellschaftlichen Bedingungen im allgemeinen, die die staatliche Verfolgung erst ermöglichten, analysiert. Desweiteren werden die Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit der Autonomen Antifa (M) und der Zusammenhang von Innerer Sicherheit und Sozialabbau thematisiert. Die Broschüre kann ab sofort bei der Autonomen Antifa (M) bestellt werden.

Autonome Antifa (M)

20.9.1996

zu erreichen über:
Autonome Antifa (M) c/o Buchladen Rote Straße 10 • 37073 Göttingen
✆ + Fax: 05 51/549081
e-Mail: aam @ paxo.nadir.org • WWW: http://www.nadir.org/Gruppen/aam/
Spendenkonto:
Antifaschistische Liste · Kto-Nr.: 150 497 006 Sparkasse Göttingen
BLZ: 260 500 01 · Stichwort: „Solidarität“.



Autonomes Bergisch Land
Stadtteilbüro Ölberg West
c/0
Infoladen Ölberg
Brunnenstr.41
42105 Wuppertal
Tel./Faxc: 0202/311790

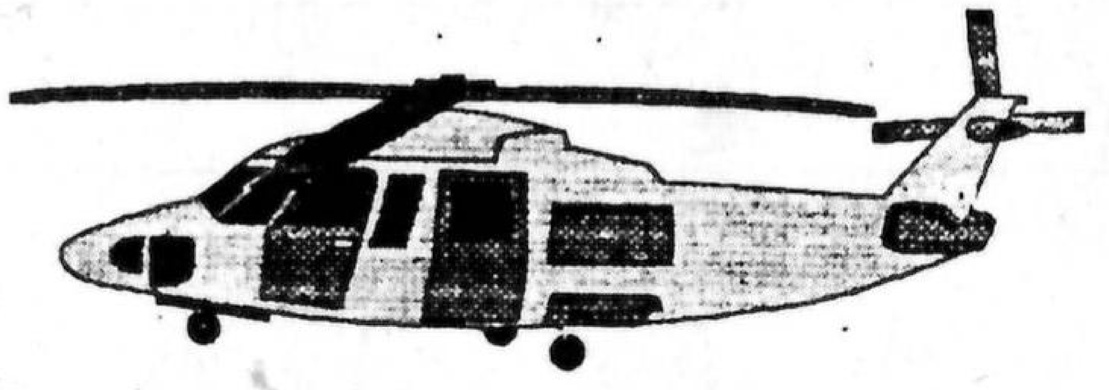
Liebe GenossInnen,

wir wollen euch was andrehen.
Nach der fast vergriffenen Broschüre : 150 Jahre Unregierbare sind genug - Tips und Trixs für den unregierbaren Alltag - ist jetzt ein zweites Machwerk zu haben.
Gegen das Vergessen - Autonome Geschichten und Geschichtsarbeit aus dem Bergischen Land
Aktionsberichte , Flugblätter, Presse zu einer etwas anderen Geschichtsarbeit: Wissenwertes über Räuber, Anarchisten auf der einen Seite und über Kriegsverbrecher und SA Leute auf der anderen Seite. Wen es interessiert, für 3 Mark plus Porto könnt ihr über den Infoladen bestellen.
Und natürlich möchten wir auf die laufende Spendenkampagne " **Die Wuppertaler Autonomen brauchen einen Hubschrauber"** hinweisen, spendet reichlich. Vorsichtigen GenossInnen in Stadt und Land leihen wir den ferngesteuerten Hubschrauber selbstverständlich!!!

unregierbare bergische Grüße aus Wuppertal
Beste Grüße an Amok, einen Schützenpanzer haben wir leider noch nicht, fürs nächste Jahre fliegt vielleicht aber sicherlich unserer neuer Hubschrauber überm Brandenburger Tor mit...

Spendekampagne!!!

Die Autonomen Wuppertals brauchen einen Hubschrauber. Bis Weihnachten...



Wir wünschen uns schon lange einen kleinen ferngesteuerten Hubschrauber für unsere vielfältigen politischen Aktivitäten. Wer wollte denn nicht schon mal mit einem kleinem Transparent am Bullenpräsidium vorbeifliegen, oder beim nächsten Kohlbesuch rote Socken oder schlimmeres über dem Kanzler abwerfen. Der Phantasie sind eben keine Grenzen gesetzt und auch sonst ist ein ferngesteuerter Hubschrauber für das nächste Radikale Jahrtausend unverzichtbar. Also spendet reichlich!! Bis Weihnachten wollen wir das Geld zusammen haben...Wir haben ein Spendenkonto eingerichtet: Auf unser Konto **Freie Medien Postbank Essen Kontonr. 470834-437, Blz.: 36010043** können große und kleine Summen gespendet werden, Stichwort "Kein Jahr mehr ohne Hubschrauber"





AUFFORDERUNG

ZU$_r$M mili-TANZ-debatte

ein Beitrag zur Filmveranstaltung am 27.9. in FfM

In dem Videofilm - um es ganz kurz zusammenzufassen - wird vor dem Hintergrund des alltäglichen gesellschaftlichen (Rostock) und staatlichen (Abschiebungen) Rassismus die Sabotage an Glasfaserkabeln als möglicher Widerstandsform dokumentiert.
In den letzten Wochen wurde dieser Film schon auf Veranstaltungen in Hamburg und Berlin gezeigt. Wir haben dort mitbekommen, wie es anscheinend immer schwerer fällt, öffentlich über Formen, Inhalte und Ziele militanter Initiativen zu diskutieren.
Das hängt sicherlich in erster Linie damit zusammen, daß das politische Umfeld, aus dem heraus solche Aktionen laufen und getragen werden, sich in den letzten Jahren weiter verkleinert hat. Obwohl die dokumentierte Aktion am Frankfurter Flughafen stattfand und auch ansonsten immer wieder "Herzschläge" mitzukriegen sind, reagiert die regionale Scene allenfalls mit schweigender Zurkenntnisnahme oder bestenfalls mit klammheimlicher Freude. Selbst in der eigenen Widerstandspresse, wo ein anonymisierter Rahmen gegeben ist, wird kaum mehr über Sinn und Orientierung militanter Aktionen gestritten.
Daß vor wenigen Monaten hier in Frankfurt zu einer Veranstaltung über die Bewegung 2. Juni mehr als 300 Leute zusammenkamen, könnte demgegenüber als positive Überraschung vermerkt werden. Doch die beiden "Referenten" boten vor allem Geschicht(ch)e(n) und das Publikum kam eher aus historischem oder nostalgischem Interesse. Eine Auseinandersetzung an Fragen, die für heute von Bedeutung sein könnten, kam nicht zustande, nicht an dem Abend und auch nicht danach.
Dabei hatte diese Veranstaltung den Vorteil, daß an Beispielen diskutiert werden konnte, die längst "abgesessen" waren.
In anstehender Filmveranstaltung kann dagegen ein hochgradiges, aktuelles Interesse des Staatsschutzes unterstellt werden. Entsprechend muß mit der aufmerksamen Beobachtung durch Spitzel gerechnet werden.

Auch wenn wir den Film insgesamt für etwas überfrachtet halten, finden wir die Idee interessant und spannend, auf diese Weise zu einer Auseinandersetzung um militante Widerstandsformen anzuregen. Wir wollen dieses Anliegen aufgreifen, indem wir einige Gedanken zu militanter Perspektive im allgemeinen und zu Glasfasersabotage im speziellen aufschreiben. Denn die genannten Bedingungen eines immer engeren Umfeldes bei nichtsdestoweniger lauernder Repression stellen für uns ein öffentliches Auftreten in Frage. Sollte eine breitere, lebendige und damit unüberschaubare Diskussion im Anschluß an den Film zustande kommen, um so besser. Wie auch immer, wir wollen dazu beitragen, daß mit dem Film eine Auseinandersetzung über Sinn und Orientierung, über Effizienz und Perspektiven militanten Widerstandes wiedermal neuen Schwung bekommt.

Gefahr für das Datennetz
Attentat auf Glasfaserkabel am Frankfurter Flughafen

DAZU:
EIN LEHR- UND DOKUMENTAR-FILM 55 min.

Kurzer Rückblick:
Im Februar letzten Jahres hatte die Gruppe "Keine Verbindung e.V." an mehreren Stellen die unterirdischen Glasfaserbahnen, durch die die Verfügbarkeit der notwendigen Informationen rund um den Flughafen gewährleistet ist, durchschnitten".(1)
Telefon- und Datenleitungen am Flughafen und in der Umgebung waren über einen Tag lahmgelegt, die Buchungscomputer bei Lufthansa und anderen Airlines fielen aus. Angeblich gab es nur leichte Verspätungen im Flugverkehr, aber die Millionenschäden konnten und wollten gar nicht erst beziffert werden. Als "Anschlag auf den Lebensnerv des Rhein-Main-Flughafens", als möglicher Auftakt von High-Tech-Terrorismus gegen die moderne Kommunikationsgesellschaft wurde in Presse und Fernsehen ausführlich berichtet. Die Telekom bescheinigte den TäterInnen "Systemkenntnis und massive kriminelle Energie".
In der Erklärung zu dieser Aktion wird die Funktion des Flughafens "im Rahmen der imperialistischen Weltwirtschaftsordnung" thematisiert:"er ist gleichzeitig Folge und Bedingung, Infrastruktur und Impulsgeberfür die transnationale Weltmarktorganisation. (..) Die Ausbeutung konkreter Menschen ist den ankommenden Containern nicht mehr anzusehen. Wenn sich Abschiebeverfügungen zwischen die Frachtbriefe und Charterkontingente drängen, sind auch sie nur noch ein logistisches Problem."(1)
Der gesellschaftliche und staatliche Rassismus bildet den Schwerpunkt des Textes und mündet in der Kernforderung: sofortige Auflösung des Internierungslagers am Frankfurter Flugahfen!

Unter derselben Forderung hat jetzt im Juli dieses Jahres die Gruppe K.A.B.E.L.-S.C.H.N.I.T.T. die Glasfaserkabel zum Flughafen "an zwei Stellen durchtrennt".(2)
Zwar hat diese Aktion wiederum Telefone und Datenleitungen am Flughafen und in der Umgebung für Stunden stillgelegt -sogar die deutsche Flugsicherung soll betroffen gewesen sein - allerdings scheint die Wirkung insgesamt geringer als bei der ersten Aktion ausgefallen zu sein. Zumindest in den Medien wurde nur sehr kurz und beiläufig darüber berichtet.
Im BekennerInnenschreiben wird auf drei Jahre Asylrechtsabschaffung bezug genommen sowie auf die Bestätigung durch das BVG im Mai dieses Jahres, womit ja auch die Flughafensondergesetze abgesegnet wurden.
"Auch wenn antirassistischer Widerstand zur Zeit nicht die Stärke hat, diesen Entrechtungen und Verschärfungen entgegenzuwirken, bleibt es nötig und wichtig, beständige Initiativen und Ansätze gegen den rassistischen Terror aufrechtzuerhalten, in Büren oder Lübeck, mittels Demonstrationen oder Sabotage."(2) Im weiteren Text werden die wirkungsvollen Sabotageaktionen gegen Genversuchsfelder sowie gegen die Castortransporte thematisiert, was wir im folgenden als Ansatzpunkte einer Militanzdiskussion aufgreifen wollen.

Donnerstag, 2. Februar

Kabel zerstört – Computer auf Rhein-Main lahmgelegt

Anschläge

Stummer Rebell

Erstmals in Deutschland schlugen in Frankfurt High-Tech-Terroristen gegen die Kommunikationsgesellschaft zu.

Die Täter kamen in der Nacht, irgendwann nach drei Uhr früh. An drei Orten nördlich und östlich des Frankfurter Flughafens, Kilometer voneinander entfernt, wuchteten sie zentnerschwere Betondeckel hoch und kletterten in den Orkus der verkabelten Gesellschaft.

In den Gräben kreuzen sich Telekom-Kabel für Computer- und Datenleitungen mit Kabeln für Telefon- und Fax-Verkehr wie Nervenstränge.

„Vermutlich mit Sägen", so die Polizei, durchtrennten die kundigen Kabel-Killer Kupferstränge und Bündel armdicker Glasfaserleitungen. Insgesamt schnitten sie 4,5 Meter Kabel heraus.

Um fünf Uhr dann am vergangenen Mittwoch, als im Flughafen die Com... ter angeschaltet wurden, zeigte sich ... die Säger angerichtet hatten: Bild... ne flimmerten nur noch, 13 000 T... ne im Süden Frankfurts, darunt... Leitungen der Universitätsklinik tot; stumm waren auch viele A...

Flughafen 10.7.96

Sabotage legte Telefone lahm

Unbekannte Täter haben am frühen Dienstag morgen in einem Kabelschacht an der A5 nahe dem Frankfurter Kreuz vier wichtige Fernsprech- und Datenleitungen der Telekom unterbrochen. Außer der Uni-Klinik und der Deutschen Flugsicherung waren vor allem zahlreiche Einrichtungen des Airports sowie die Fluggesellschaften betroffen. Der Flugverkehr und die Notrufnummern wurden nicht beeinträchtigt.

Die Polizei geht von einem Sabotageakt aus, der offensichtlich den Flughafen treffen sollte. Wie ihr Sprecher Peter Öhm sagte, weist die Tat Parallelen zu einem ähnlichen Anschlag am 1. Februar vergangenen Jahres auf. Damals hatte sich eine bis dahin unbekannte, linksextreme Gruppe mit dem Namen „Keine Verbindung e.V." zu dem Anschlag bekannt.

Die Täter hatten die Glasfaserkabel gegen drei Uhr durchtrennt. Nachdem Störtrupps der Telekom die Beschädigungen lokalisiert hatten, wurde die Polizei alarmiert. Hinweise auf mögliche Täter liegen bislang noch nicht vor. Die Höhe des Schadens steht noch nicht fest.

Techniker der Telekom sorgten bis zum Vormittag dafür, daß die Uni-Klinik und die Flugsicherung über Ersatzkabel versorgt werden konnten. Nach den ersten provisorischen Ersatzschaltungen, teilte die Telekom-Zentrale in Bonn mit, sei der Schaden gegen 14 Uhr vollständig behoben gewesen.

enk

Sabotage - Beispiel 1:
Im November - mit weiteren Verschiebungen ist zu rechnen - kommt der Kampf um Gorleben in die wohl entscheidende Phase. Die Anti-AKW- Bewegung hat gute Chancen, einen weiteren wichtigen Punktsieg gegen das Atomprogramm zu erringen. Die Ausdauer des regionalen Widerstandes im Wendland bildet die Grundlage für die bundesweiten Mobilisierungen, an denen sich viele tausend Entschlossene vor Ort und an der gesamten Transportstrecke, am Tag X wie auch im Vorfeld beteiligt haben. Nach offiziellen Angaben belaufen sich die Kosten für die teuersten Polizeieinsätze in der Geschichte der BRD auf 50 Mio. DM für den ersten Castor im April 95, und auf 90 Mio. DM für den zweiten im Juni 96. Einzelne Landesregierungen erwägen den Ausstieg aus dem Transportschutz, und wenn Aufwand und Kosten für den nächsten Castor noch weiter in die Höhe getrieben werden, läßt sich das Projekt kaum mehr halten.

Einen hohen Stellenwert in dieser Auseinandersetzung hat die Sabotage der Bahnstrekken gewonnen. "Den Castor stoppen, bevor er losfährt", lautet eine Parole, die der DB insbesondere in der Vorphase der Transporte Alpträume beschert. Denn nicht nur bei Lüchow-Dannenberg sondern auf vielen Strecken quer durch die BRD bleiben Züge an Wurfankern auf den Oberleitungen hängen, auch andere Methoden des Eisenbahnstops sind verbreitet.
"Der breite lokale Widerstand gegen den ersten Castor-Transport nach Gorleben hat im letzten Jahr zu einem Come-Back des Anti-AKW-Widerstandes in der BRD geführt. Die Demonstrationen, Blockaden und Anschläge auf Einrichtungen der Deutschen Bundes-Bahn sind nicht mehr zählbar. Der Atommülltransport per Bahn hat die Atomindustrie und ihre Helfershelfer wieder angreifbar gemacht.
Wir rufen alle militanten Zusammenhänge auf, zumindest einen Teil ihrer subversiven Energie auf den Widerstand gegen das Atomprogrammm zu konzentrieren. Die Atomindustrie ist heute - im Gegensatz zu dem, was wir in den 70ern und 80ern dachten - kein Standbein des Systems mehr, über dessen Wegschlagen eine revolutionäre Perspektive möglich wäre. Durch die Verzahnung des Widerstandes von FlugblattverteilerInnen bis zu MastsägerInnen ist erstmals seit Jahren wieder in einem Teilbereichskampf ein Sieg möglich.
Für uns ist der Kampf gegen das Atomprogramm eine Unterstützung der Menschen im Wendland, auf daß die Atommafia kein sicheres Hinterland mehr hat. Auf der anderen Seite ist es auch ein Kampf gegen das kapitalistische System und den Staat. In diesem Bereich sehen wir im Moment die einzige Chance, punktuell die Machtfrage zu stellen und zu gewinnen. Wenn der Staat und die Atommafia in Gorleben nicht durchkommen, ist dies ein klares Signal an alle, die kämpfen. Widerstand ist nie umsonst!"(3)
Auch wenn Gorleben derzeit als das Nadel-Öhr der Atomindustrie erscheint, bezweifeln wir, daß die erzwungene Aufgabe dieses Atommüllagers gleich das gesamte Atomprogramm kippen würde. Aber wir teilen die Einschätzung, daß ein möglichst noch stärkeres Einlassen militanter Gruppen auf die Bahnsabotage zu einem Punktzielerfolg beitragen kann, dessen Symbolwirkung in der Tat von Wichtigkeit wäre.

Atomgegner lassen nicht locker

Aktion richtete sich gegen weitere Transporte nach Gorleben

Bremen · Dannenberg 5.50 · Soltau 2.10 · Verden 1.25 · Uelzen 2.50 - 3.30 · Nienburg 0.30 · Hannover · Minden 23.55 · rd 22.55 · Göttingen · Kassel 21.35 · Bebra 19.00 - 20.00 · Fulda 18.15 · Frankfurt · 6.05

Sabotage - Beispiel 2:
"Kranke Gehirne"titulierte der Bundesforschungsminister kürzlich die entschiedenen GenversuchsgegnerInnen. Seine Wut gilt den beachtlichen Erfolgen der Initiativen, die sich fast überall gegründet haben, wo die Tests mit gentechnisch verändertem Mais oder Raps durchgeführt werden sollen. Die Mischung aus Protestschreiben, Besetzungen bis zur nächtlichen Zerstörung macht den Standort Deutschland für Agrotechnologen nicht gerade attraktiv. So war in einer offiziellen Verlautbarung unlängst zu lesen, daß nahezu die Hälfte aller Genversuchsfelder in der BRD verwüstet worden sind. Eine Erfolgsbilanz also, die kaum stark genug betont werden kann.

Castorwiderstand per Bahnsabotage - ein Erfolgsmodell?
Verwüstete Genversuchsfelder - Lehrstücke antitechnokratischer Sabotage?
Was hat das mit Glasfaserschnitt und antirassistischem Widerstand zu tun?
Zunächst zu den Parallelen: Die Telekom hat in Reaktion auf die Aktionen eingestanden, daß sie -zumindest absehbar - die Tausenden von Kabelschächten nicht überwachen kann. Insofern bleibt das Glasfasernetz eine technologische Infrastruktur, die allerorten angegangen werden kann. Der Film zeigt ja auch anschau-

...erzicht auf Aussaat

...sp HANNOVER, 11. September. D... ...amerikanische Monsanto-Kon... ...f die Aussaat von gentec... ...rtem Raps in Ober... ...rrichtet. De... ...m Rob...

Unbekannte rissen Maispflanzen heraus

Zweite Attacke gegen gentechnischen Freilandversuch

...ur den Rückzug des Konzerns sind ...ie Proteste von Umweltschützern, die den Acker besetzt hatten. Das Unternehmen erklärte, es habe um das Wohl seiner Mitarbeiter fürchten müssen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kommentierte die Entscheidung der Firma mit den Worten: „Wider-

Gen-Raps

3

lich, wie einfach die Öffnungsmethode ist. Nicht nur Flughäfen, sondern auch Industrieansiedlungen, Messegebiete oder Regierungsviertel ließen sich machbar in ihrem Normalbetrieb stören.Die Zielsicherheit hängt anscheinend mit der Gründlichkeit der Recherchen zusammen, aber auch mit praktischen Erfahrungen gemäß der Devise: Trial and Error. Daß die Telekom den GlasfasersaboteurInnen genaue Kenntnisse zuerkennt und dennoch viele Privatwohnungen und das Uniklinikum beide Male betroffen waren, läßt darauf schließen, daß eine gewisse Streuwirkung sich nicht einfach vermeiden läßt.
Dasselbe trifft ja auf die Bahnstrecken zu. Selbst an den Tagen X treffen Oberleitungsankeralle möglichen Reisenden, und bei Vorfeldaktionen geht es sogar in erster Linie um breitgefächerte, effektvolle Störungen eines Transportsystems, das für das Funktionieren des Atomprogramms mitverantwortlich ist.
Allerdings - und hier liegt der zentrale Unterschied - hat der Protest gegen die Atommülltransporte nicht nur regional eine breite Verankerung. Ein Großteil der BRD-Bevölkerung steht der Atomtechnologie kritisch bis ablehnend gegenüber. Und ähnlich kritisch bis skeptisch sieht die Stimmung bezüglich den gentechnsich veränderten Produkten aus. Insofern finden Sabotageaktionen in diesen beiden Bereichen eine relativ klare Vermittlung, bisweilen Verständnis oder gar Anerkennung.
"Mit den unkalkulierbaren Risiken des Atomülls oder der Genpflanzen verbindet sich eine eigene Betroffenheit, die die verbreitete Ablehnung -bis in die Medien hinein - begründet. Einfache Übertragbarkeiten kann es also bezüglich des antirassistischen Widerstandes nicht geben, der doch andere Auseinandersetzungs- und Solidarisierungsprozesse verlangt."(2)
Es sind allenfalls krasse Skandale oder Mitleid, die kleine Teile in der hiesigen Bevölkerung und in den Medien dazu bewegen, den rassistischen Dauerzustand halbherzig zu kritisieren. Höchstens wenige tausend Menschen lassen sich bundesweit mobilisieren, wenn es z.B. gegen den Abschiebeknast in Büren geht. Regional beteiligen sich wenige hundert Leute an Demonstrationen, wie z.B. gegen die tödliche Abschiebepraxis am Frankfurter Flughafen im Dezember 94.
Im Rhein-Main-Gebiet gibt es zur Zeit keine handlungsfähigen Strukturen, die zumindest auf die offensichtlichsten Schweinereien reagieren könnten. Allein die Organisation Pro Asyl sorgt dafür, daß die krassesten Einzelfälle in die Öffentlichkeit kommen und sich somit wenigstens

verbaler Protest in der Presse äußert.
Selbst zu den Hungerstreiks der Betroffenen, im letzten Jahr der sudanesischen Flüchtlinge, jetzt vor kurzem der afghanischen Familien, kamen dagegen keinerlei praktische Unterstützungsaktionen zustande.
"Den Normalzustand, der für so viele die alltägliche Katastrophe bedeutet, zu unterbrechen"(1), ist mit den Sabotageaktionen am Glasfasernetz sicherlich gelungen. Zwar an sich effektvoll bleiben diese Störungen jedoch vereinzelte Nadelstiche, ohne Eingebundenheit und weitergehende Vermittlung, wenn nicht andere öffentliche Initiativen gegen den Abschiebeterror am Flughafen stattfinden.
Nur bewundernd können wir einmal mehr nach Frankreich blicken, wo vor kurzem - ausgehend von einem ausdauernden Widerstand einer größeren und gut organisierten MigrantInnengruppe - eine breite und starke Mobilisierung gegen die Illegalisierungen und Abschiebungen zustande kam.
Wir stimmen der Gruppe K.A.B.E.L.-S.C.H.N.I.T.T: zu, wenn sie es als offene Frage bezeichnet,"ob und wie sich (hier) in diesem Land die Entrechtungen, die Ab- und Ausgrenzungen von MigrantInnen und Flüchtlingen zurückdrängen und womöglich ein antirassistisches Verständnis ausweiten ließe."(2)
"Hartnäckige militante Initiativen bleiben in jedem Fall gefragt", fährt die Gruppe fort, und als Ausdruck von Unversöhnlichkeit und radikalem Protest können wir diese Herangehensweise nachvollziehen. Doch solange die bei beiden Aktionen formulierte Hauptforderung nach der Schließung des Internierungslagers nicht dauerhafter und in verschiedensten Aktionsformen aufgegriffen wird, solange richtet der "Kabelschnitt" vor allem materiellen und weniger politischen Schaden an.

Der Film, der uns zum Schreiben dieses Flugblattes veranlaßt hat, kursiert mittlerweile in vielen Städten. Die BRD ist eines der Länder mit dem dichtesten Glasfasernetz weltweit, d.h. die entsprechenden Deckel bzw. Kabel ließen sich überall finden und unterbrechen.
Aber mit welchen Zielsetzungen, aus welchem Verständnis heraus diese neue Angriffsmöglichkeit auszuweiten wäre, spielt weder in dem Film noch in den Aktionserklärungen eine Rolle.
Für den Flughafen, diesen hermetisch kontrollierten Molloch, erscheint die Sabotage der Kommunikationsstruktur als nahezu idealer Ansatzpunkt.Aber das Mittel der Glasfasersabotage ließe sich auch andernorts -wir hatten Beispiele genannt - einsetzen, um konkreten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

4

Getroffen und gestört wird jeweils ein Kommunikationssystem, zu dem unser grundsätzliches Verhältnis alles andere als geklärt ist. Als Produktions- und vor allem als Kontrolltechnologie ließ sich die Informatisation noch eindeutiger als technologischer Angriff analysieren. Doch die Computerrevolution hat bekanntlich auch vor unserem Alltags- und Politgruppengebrauch keinen Halt gemacht. Allseits in der Linken werden die Möglichkeiten der "Vernetzung" aufgezählt, und -ist das nicht der endgültige Beweis? - die BAW jagt die Radikal im Internet. Wer will da nicht dabei sein?
Vor 10 - 15 Jahren wurden die Informationstechnologien zumeist in eine Reihe gestellt mit der lebensfeindlichen Atom- und Gentechnologie. Heute ist der eigene Gebrauch fast selbstverständlich und die Einschätzung zu dieser Technologie mal zumindest widersprüchlich. Vielleicht ist es ja doch "nur" der kapitalistische Gebrauch, der abzuschütteln wäre, um die unfassbaren Möglichkeiten der Computerwelt positiv zu nutzen?
Wir bleiben beim radikalen NEIN und behaupten, daß den Informationstechnologien eine neue Dimension sozialer Zerstörung innewohnt, die mit der Idee einer befreiten Gesellschaft nichts zu tun haben kann. Das schließt nicht aus, daß wir diese Technologie innerhalb und gegen das bestehende System punktuell benutzen, doch das perspektivische Motto muß unserer Meinung nach letztlich heißen: Use and destroy!!!
Wir kriegen kaum genauere Auseinandersetzungen geschweige denn radikale Positionen gegen die Infotechnologien mit. Eine Ausnahme bildet der Text "Geld oder Leben", in dem die "Welt am Draht" aus einer antipatriarchalen Orientierung ganz grundlegend kritisiert wird.
"(..) Es fällt auf, daß die Dimension dieses Umbruchs (technologische Durchdringung der Gesellschaft, virtuelle Realitäten..) und seine Bedeutung für die weitere Zerstörung des Sozialen in der radikalen Linken wenig wahrgenommen wird. Es entsteht der Eindruck, daß auch radikale Männer von der Revolution der mail-box träumen, wenn sie ihren einsamen Stunden am Terminal einen Sinn geben wollen. Das dort angehäufte Wissen mag Macht vermitteln, aber nur soziale Erfahrungen können Veränderungen bewirken.
(..) Die Symbiose aus Computer und Mann ist die massenhafte Erscheinungsform neuer Mensch-Maschine-Verhältnisse, in denen alles gewußt, aber nichts mehr (sozial) erfahren wird. Als einzigen Zugriff auf das Soziale kennen diese technologischen Subjekte nur noch Erfassung - Verwertung - Vernichtung und Simulation, die als Drittes neben die alte Zweiheit von Theorie und

T-Net-ISDN und Ihr PC - soviel Spaß muß sein.

Lernen Sie mit dem OnlineSet Menschen in aller Welt kennen. Zum Spielen und Spaß haben. Zum Informieren und Diskutieren. Mit T-Net-ISDN bekommen Sie den schnellsten Zugang zu vielen Online-Diensten und Internet-Providern. Zum Beispiel zu T-Online, dem ultimativen Online-Dienst der Deutschen Telekom. Dort treffen Sie bereits über eine Million Nutzer in Deutschland - und via Internet weitere 40 Millionen User weltweit. Die Geschwindigkeit von ISDN sorgt dafür, daß Sie überall schnell und komfortabel mitmachen können. Deshalb erfolgt bereits ein Viertel aller Zugriffe auf T-Online per T-Net-ISDN.

Ein Trend, der sich ganz sicher fortsetzt - schließlich ist in der virtuellen Welt der Online-Dienste nichts unmöglich und vieles ungewöhnlich. Ein Beispiel: Sie geben sich eine neue Identität - je phantastischer, desto besser - und nehmen an einer virtuellen Party im Cyberspace teil. Oder: Sie sagen Politikern per eMail Ihre Meinung, fragen Filmstars nach ihren Interessen und Vorlieben.

Praxis tritt. Aus dieser Sicht besteht kein Unterschied zwischen den informationstechnologischen Projekten einerseits und den gen- und reproduktionstechnologischen andererseits. Auf der Jagd nach Wert zerteilen und sieben sie das Spektrum zwischenmenschlicher Bezieheungen und setzen es nach Kriterien von Produktivität neu zusammen; sie lösen den menschlichen Körper aus jedem sozialen Bezug und treiben seine Zerlegung in einzelne isolierte Funktionen voran, um diese dann stückweise neu zusammenzusetzen. (..) Die Kombination von Informations- und Gen-/Reproduktionstechnologie drückt Ziel und Inhalt des technologischen Angriffs am klarsten aus: Neuzusammensetzung des sozial isolierten, autonomen Menschen als Wert.
Es ist nicht erforderlich, in die Welt der Knochen- und Organbanken abzutauchen, um die Konsequenzen der neuen Mensch-Maschine-Verhältnisse beobachten zu können: sie werden im Cyberspace gelebt, in dem das Individuum sich selbst als Individuum inszeniert und seinen Zusammenhang mit anderen definiert - ganz autonom die herrschende Norm in vielfältiger Weise umsetzt und die Selektion selbstbestimmt vorbereitet. Die Charakteristika dieser konstruierten Realität sind ihre Entkopplung von direkten sozialen Bezügen und die Entkörperlichung. Scheinbar hat das Handeln in einer virtuellen Welt keine Konsequenzen. Erlaubt scheint alles, vorgegeben nichts. Im Daten-Nirvana endgültig abstrakt geworden, kann das autonome Individuum dort mit beliebigen Attributen und in den unterschiedlichsten Rollen und Funktionen jede beliebige Persönlichkeit datenmäßig konkretisieren.

Genau dieser Spielraum ist die Bühne, auf der sich das metropolitane Individuum seine Erfahrung organisiert. Der Mann verschärft sein Sachbearbeiterverhältnis zu sozialen Beziehungen durch das Zwischenschalten der Maschine; scheinbar jeder Verantwortung enthoben, scheinbar von jeder Abhängigkeit befreit, kann er die Gewaltverhältnisse weiter brutalisieren.
Wir, "sozialrevolutionäre Männer", hätten aus einer kritischen Reflektion der eigenen Integration in diese technologischen Projekte zuerst einmal eine kritische Gegenposition zu entwickeln."(4)

Wir glauben, daß eine aktualisierte und tiefergehende Debatte um unser Verhältnis zu den Informationstechnologien mitbestimmend dafür ist, ob und wie das hiesige Glasfasernetz als angreifbare Infrastruktur wahrgenommen wird.
In diesem Sinne ein Schlußzitat:
"Wagt den Sprung zur direkten Aktion und agiert militant (wobei "Sprung" nicht hierarchisch im Sinne des besseren Mittels gemeint ist, sondern den für einige kleineren, für andere größeren Schritt darstellen soll)! Redet über eure Ängste, hier zählt keine große Klappe, sondern nur genauer Umgang untereinander und in der Aktion! Überschätzt euch nicht am Anfang, aber schreckt auch nicht vor wachsenden Aufgaben zurück! Schafft zwei, drei, viele militante Zusammenhänge!" (3)

sabotnics

Anmerkungen:
(1) aus der Erklärung der Gruppe "Keine Verbindung e.V.", abgedruckt in der Swing vom März 95, Nr. 68
(2) aus der Erklärung der Gruppe "K.A.-B.E.L.S.C.H.N.I.T.T.", abgedruckt in der Interim vom 26.7.96, Nr. 384
(3) aus der Erklärung der "A.U.T.O.N.O.-M.E. G.R.U.P.P.E.N." zur Bahnsabotage vor dem 2. Castortransport, abgedruckt in der Swing vom Juli 96, Nr. 79
(4) aus dem Diskussionsbeitrag der Gruppe "PatEx", abgedruckt in der Swing vom September 95, Nr.73

s-a-b-o-T-i-e-r-t
Deutsche Telekom

Schlußthesen:
Zusammenfassend und für eine Diskussion sicherlich einfacher zu gebrauchen als der lange Text, wollen wir vier Thesen an den Schluß stellen:
1. Weil sie überall angreifbar sind, bilden die technologischen Infrastrukturen (Stromtrassen, Eisenbahnlinien, Glasfasernetze ..) empfindliche Schwachstellen im Funktionsapparat der "modernen Gesellschaften. Nötige Zielgerichtetheit oder in kauf zu nehmende Streuwirkungen hängen von der Eingebundenheit in Kampagnen und entsprechender Vermittelbarkeit ab, aber auch von unserem Verhältnis zur betreffenden Technologie.

2. Die Aktionen gegen die Deutsche Bahn im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Castortransporte zeigen eindrucksvoll, wie wirksam militanter Widerstand - aktuell und gegen den resignativen Zeitgeist! - sein kann. Die regionale Verankerung im Wendland und die verbreitete Ablehnung der Atomtechnologie bedingen eine weitreichende Vermittelbarkeit.

3. Die Suche nach wirkungsvoller Sabotage des alltäglichen Rassismus kann sich absehbar auf keine stärkere Bewegung oder gar breitere Betroffenheit stützen. Militante Ansätze - wie die Glasfasersabotage am Flughafen - bewegen sich zwischen politischer Unversöhnlichkeit und der Hoffnung auf das Entstehen zumindest punktzielorientierter Kampagnen - gegen das Internierungslager.

4. Jenseits der sinnvollen Anbindung an konkrete Forderungen beinhaltet die Sabotage an Glasfaserkabeln die Option des radikalen Widerstandes gegen den informationstechnologischen Angriff. Denn die sogenannte moderne Kommunikationsgesellschaft ist nichts anderes als der täuschende Begriff für eine neue Dimension sozialer Zerstörung!

Die Erfahrungen aus anderen Städten mit diesem Film haben gezeigt, daß es keine VeranstalterInnen oder gar Podium gibt, von dem aus die Diskussion eingeleitet oder strukturiert wurde.
Sofern dies auch in Frankfurt der Fall ist, schlagen wir vor zu versuchen, am vorliegenden Papier bzw. den zusammenfassenden Thesen zu diskutieren.
Je mehr Leute sich daran beteiligen, desto weniger Überblick behalten die Bullen!

GEGEN 80 LEUTE 129 a - VERFAHREN WEGEN KOLLEKTIVEM FILM- GENUß

Als Lehr- und Dokumentarfilm zum „Attentat gegen Glasfaserkabel am Frankfurter Flughafen" angekündigt, kamen am Freitag, den 26.9.96 ca. 80 Leute zu einer Veranstaltung ins Café Exzeß in Frankfurt/Main.

Der Film war fast zu Ende, als die Bullen mit einem Großaufgebot den Veranstaltungsraum stürmten und alle ZuschauerInnen für festgenommen erklärten. Vom Generalbundesanwalt angeordnet und entsprechend vorbereitet hatten die Bullen zuvor alle Straßen um das Café Exzeß abgesperrt.
Die BesucherInnen mußten bis zu einer Stunde mit Händen an der Wand und gespreizten Beinen stehen bleiben , während der Raum genau durchsucht und von Dokumentartrupps alles abgefilmt wurde. Zahlreiche Gegenstände, insbesondere die gesamte Video-Beameranlage bis hin zum Dreifachstecker (sowie viele Zeitschriften) wurden beschlagnahmt, in der Hoffnung darauf entsprechende Fingerabdrücke zu finden.
Alle BesucherInnen wurden dann in stundenlanger Prozedur abtransportiert und ED-mißhandelt. Offizielle Begründung dieser Razzia und gleichlautender Vorwurf gegen alle Festgenommenen: **„Werbung für eine terroristische Vereinigung - § 129a"**

Soweit eine erste kurze Schilderung der Ereignisse, genauerer Bericht und Einschätzungen zu diesem ziemlich einmaligen Vorgehen gegen eine Filmveranstaltung werden sicherlich folgen.......

Weil der „inkriminierte" Film ja längst in vielen Städten kursiert und auch schon gezeigt wurde, wäre die Frage naheliegend, ob gegen diese Repression nicht ein offensives Ankündigen und öffentliches Aufführen des Films an möglichst vielen Orten eine angemessene Antwort wäre!!!!!



JW 27.9.

Richter Sabo verweigert Befragung

Vorsitzender im Fall Mumia Abu-Jamal will nichts von Entlastungszeugin wissen

Der Fall des afroamerikanischen Journalisten und Todeskandidaten Mumia Abu-Jamal kommt in Bewegung. Sein Anwaltsteam hatte vor einem halben Jahr gegen die Ablehnung seines Antrages auf ein neues Verfahren beim Pennsylvania Supreme Court, dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania, Berufung eingelegt. Dieses hatte jetzt zum ersten Mal darauf reagiert, mit einer Rückverweisung an das vorinstanzliche Gericht unter dem Vorsitzenden Richter Sabo, der daraufhin am 18. September eine neue Zeugin der Verteidigung anhören mußte.

Die Zeugin Veronica Jones hatte Abu-Jamal im Prozeß 1982 ursprünglich schwer belastet. In einer eidesstattlichen Erklärung hatte sie dann erläutert: »Eines Tages besuchten mich zwei weiße Polizeibeamte im Gefängnis. Sie sagten, wenn ich gegen Jamal aussagen und ihn als Schützen identifizieren würde, müßte ich mir keine Sorgen wegen meines Verfahrens machen. Ich erwiderte, daß ich den Schußwechsel nicht gesehen hatte, sondern nur die Schüsse hörte und zwei Männer wegrennen sah. Aber das befriedigte sie nicht. Die Polizeibeamten bedrohten mich, indem sie mich daran erinnerten, daß mich, wenn ich nicht gegen Abu-Jamal aussagen würde, eine 15jährige Haftstrafe erwarten würde.« Wenige Tage nach diesem Besuch wurde Veronica Jones in Abu-Jamals Prozeß gehört.

Die Situation im Gerichtsaal schilderte sie wie folgt: »Beide Beamte, die mich vorher bedroht hatten, standen direkt in meinem Blickfeld hinten im Gerichtssaal. Als ich von Abu-Jamals Verteidiger gebeten wurde, meine erste Aussage gegenüber der Polizei zu bestätigen – daß ich zwei Männer vom Tatort wegrennen sah – leugnete ich standhaft, diese Aussage gemacht zu haben, aus Angst, dafür bestraft zu werden, der Verteidigung zu helfen.«

Bei der Anhörung erklärte Sabo: »Ich bin mit der Anordnung des Supreme Court nicht einverstanden und weiß nicht, was ich Veronica Jones fragen soll.« Er verzichtete auf jegliche Fragen an die Zeugin. Ein Antrag von Abu-Jamals Anwälten, Sabo wegen Befangenheit den Vorsitz über die weitere Anhörung – der zweite Termin ist am 1. Oktober – zu entziehen, wurde abgelehnt. Dazu erklärte Len Weinglass, Abu-Jamals Anwalt: »Eine ausführliche Befragung von Veronica Jones ist existentiell für Abu-Jamals künftige Berufungschancen. Richter Sabo tut alles, um diese Befragung zu verhindern und sie als Zeugin der Verteidigung unbrauchbar zu machen.«

Heike Kleffner

Nix³ - Tour

"Dem Castor entgegen"

Am Samstag den 19. Oktober fahren wir mit dem Sonderzug zur Demonstration am AKW Neckarwestheim

Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen: Wir hocken nicht in Norddeutschland und warten auf die Abfahrt des Castor-Dreierpacks aus Gundremmingen und Neckarwestheim. Wir hocken uns dorthin, wo in den nächsten Wochen mit der Beladung der zwei Castor V/19 begonnen werden soll - in Neckarwestheim.

Im bayrischen AKW Gundremmingen wurde am 20.8. ein Castor Ic mit 16 abgebrannten Brennelementen beladen. Schon im vergangenen Jahr sollte genau dieser Behälter nach Gorleben transportiert werden. Er wurde im Atommeiler Würgassen in einem zweijährigen Langzeitversuch getestet und weist nach „Welt am Sonntag" „Reibemarken an den Dichtungsflächen" auf. Was bei einem Motor unweigerlich zu Ölverlust führt, scheint für einen Castor keine Hürde zu sein. RWE will den Behälter loswerden und zusammen mit zwei Castor der neuen Bauart V/19 aus Neckarwestheim, die in dieser Woche beladen werden, Anfang November nach Gorleben schicken.

Das AKW Neckarwestheim gehört zu 17% der Bahn AG und verfügt über ausreichend Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente. Die Betreiber haben für diesen Transport extra eine Brücke gebaut und bestehen auf einem Transporttermin Anfang November. Wir wollen nicht den offiziellen Termin für die Brückenabnahme am 31.Oktober abwarten, sondern bereits am 19.Oktober die Brücke einer „Belastungsprobe" unterziehen.

Im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums des Gemeinschaftskraftwerkes Neckarwestheim (GKN) feiern die Betreiber am 19.Oktober mit einem Circusprogramm vor dem AKW-Tor. Wir kommen also genau richtig, um ihnen eine Nummer darzubieten, die sie so schnell nicht vergessen werden. Castortransporte sind ein gefährlicher Drahtseilakt ohne Netz und doppelten Boden. **Fahrt mit, mobilisiert auf dem Land und in den Städten, überlegt Euch Eure „Nummer" für die Demo in Neckarwestheim. Wir wollen keine triste „Latschdemo"!**

Demonstration am AKW in Neckarwestheim. Den Castor stoppen! Termin vormerken, 19. Oktober.

Die NIX³ - TOUR

Start des Sonderzuges: Hamburg

Haltepunkte: HH-Harburg, Lüneburg, Uelzen, Celle, Hannover, Göttingen. Die genauen Abfahrtszeiten werden noch rechtzeitig mitgeteilt.

Ankunft: Unser Sonderzug wird am Samstag den 19.Oktober um 12 Uhr am Bahnhof Kirchheim/Neckar von den süddeutschen Gruppen mit großem Hurra empfangen.

Demoverlauf: Dann geht es gemeinsam an der Umladestation „Dampfkraftwerk Wahlheim" vorbei über den Neckar (Brückentest) zum AKW und dem neuen mit Atomschmiergeldern bezahlten Rathausplatz vor das 40 Mio.DM Rathaus. Um 13.30 Uhr Kundgebung gemeinsam mit der BI Mittlerer Neckar und anschließendem schwäbischen „Hocketse" (der Schwabe sitzt nicht, er hockt).

Rückfahrt: Gegen 16 Uhr

Fahrpreis: Vorraussichtlich DM 85,- bei 550 Plätzen, bei massenhafter Teilnahme billiger.

Meldet Euch rechtzeitig, also am besten gleich, an: Tel.: 05841 4684, Fax. 05841 3197

Anti-Atom-Plenum & Freie Republik Wendland - Außenstelle Berlin c/o Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 14785 Berlin, 030 2616252, jeden Dienstag ab 19 Uhr 30.

»Ja, ich habe gesägt«

Gorleben: Geldstrafe für Castor-Gegner

Weil er sich im März des vergangenen Jahres an einer Demontage von Bahngleisen bei Gorleben beteiligt hatte, muß der Oldenburger Student Michael Friedrich 900 Mark Geldstrafe zahlen. Das entschied das Amtsgericht in Dannenberg. Die Staatsanwaltschaft hatte dem 25jährigen die »Störung öffentlicher Betriebe« vorgeworfen.

Friedrich gab in der Verhandlung zu, mit einer Eisensäge ein zum Dannenberger Verladebahnhof führendes Gleis zwei Zentimeter tief angesägt zu haben. Auf dem Bahnhof werden für Gorleben bestimmte Castor-Behälter vom Zug auf Lastwagen umgeladen. »Ja, ich habe am Castor-Gleis gesägt«, sagte Friedrich. »Konkret ging es uns darum, den politischen Druck zur Verhinderung der gemeingefährlichen Transporte zu erhöhen, indem wir die Schiene demontieren.« Zu der öffentlichen Schienendemontage im Vorfeld des ersten Castor-Transportes war öffentlich aufgerufen worden. Rund 800 Atomkraftgegner beteiligten sich an der Aktion.

Rechtsanwalt Dieter Magsam aus Hamburg forderte eine Einstellung des Verfahrens. Eine »Störung öffentlicher Betriebe« komme nicht in Betracht, da das Gleis zum Castor-Kran ausschließlich den privatwirtschaftlichen Interessen der Atomindustrie diene.

Das Gericht würdigte zwar die Motive des Angeklagten, schloß sich allerdings den Argumenten und der Forderung der Staatsanwaltschaft an. Abschreckende Wirkung wird das noch nicht rechtskräftige Urteil bei Friedrich dennoch nicht haben: Er will sich im Rahmen der laufenden Kampagne »Keine Bahn zum Castor-Kran« an einem der kommenden Sonntage erneut an praktischen Aktionen beteiligen.

Reimar Paul, Göttingen

23 Jahre Widerstand gegen das AKW Brokdorf!

Von Demos, Sitzblockaden, Mahnwachen, Besetzungen und Treckern

(üny) Im November 1973 wurde mehreren Bürgermeistern der Wilstermarsch eröffnet, daß ein AKW geplant ist. Noch im gleichen Monat trafen sich einige von ihnen mit BürgerInnen und beschlossen ihren Widerstand gegen dieses Mammutprojekt in der alten intakten Kulturlandschaft.

Bis 1976 wurde die Burgerinitiative Umweltschutz Unterelbe zur wohl größten Ini in der BRD mit vielen Ortsgruppen in Norddeutschland und einem Büro in Hamburg. Trotz des Versprechens des MP Stoltenberg, nicht vor dem Gerichtsentscheid zu beginnen, wurde der Bau am 26.10. bei Nacht und Nebel mit Großeinsatz der Polizei begonnen. Am Samstag besetzten daraufhin mehrere hundert DemonstrantInnen der 10.000 angereisten Menschen einen Teil des Bauplatzes. Sie wurden jedoch in der Nacht mit Knüppeln und Tränengas brutal vom Gelände getrieben. Schon 3 Wochen später kamen 45.000 Menschen. Es gab wieder Auseinandersetzungen am verstärkten Bauzaun, und es wurde erstmals Tränengas auf friedlich abwandernde DemonstrantInnen geworfen. Spätestens jetzt wurde klar, daß Stoltenberg mit seiner Brutalität Karriere machen wollte. Kurz vor Jahresende stoppte das Gericht den Weiterbau. Trotzdem kamen 100 BürgerInnen mit ihren Treckern aus der Umgebung und demonstrierten. Es folgten noch in den nächsten Jahren mehrere Demos mit immer über 10.000 Menschen. Das gerichtliche Hinundher um die Teilerrichtungsgenehmigungen dauerte noch bis 82/83. Die wohl größte Demo fand am 21.2.81 statt, trotz großer Kälte und Verbot kamen 100.000 Menschen nach Brokdorf und es gab wieder Auseinandersetzungen und Tränengasabwürfe. Viele Gruppen leisteten auch zwischen den Demos Widerstand: vor Gericht, friedliche Sitzblockaden und bis hin zu Strommastsprengungen.

Ende 1984 mußte die HEW ihre Mehrheitsanteile unter Preis verkaufen. Denn es war das eingetreten, was die GegnerInnen schon seit 10 Jahren sagten. Hamburg brauchte den Strom nicht. Am 26.4.86 explodierte ein Block des AKW Tschernobyl. Brokdorf sollte dennoch ans Netz gehen. Am 7. Juni waren deshalb fast 100.000 Menschen in Brokdorf und 30.000 in Wackersdorf auf der Straße. Der Staat lenkte trotzdem nicht ein, die Staatsgewalt „mußte" sich durchsetzen. Am 7.10.86 wurde der Reaktor das erstemal kritisch.

Doch der Widerstand geht weiter. Aus friedlichen Sitzblockaden vor dem Tor entstanden Mahnwachen, jeden 6. des Monats, seit 10 Jahren. Auch wird die Betriebsgenehmigung noch immer beklagt.

Denn der Reaktor gehört thermisch zu den größten der Welt, größer als einst geplant, es werden Mischoxidbrennelemente (MOX) eingesetzt, der Anteil des Uran 235 in den Brennelementen ist viel höher als einst geplant usw. Der Profit geht vor Sicherheit und Sicherheit bedeutet sofortiger Ausstieg!

Am 22.11.93 wurde der erste hochradioaktive Atommüll in die Wiederaufbereitungsanlage im englischen Sellafield gebracht. 120 junge Menschen blockierten auf 1.5 km den Straßentransport. Bei minus 5 Grad wurden Wasserwerfer eingesetzt. 9 weitere Blockaden gab es mit 20-70 TeilnehmerInnen. Dabei wurde einmal der CASTOR-Verladekran im AKW Brunsbüttel für 25 Stunden besetzt und einmal hingen zwei Aktive mit Transparent in Wilster über den Schienen und stoppten einen Transport für 45 Minuten. Auch die nächsten vier Transporte in die WAA La Hague in Frankreich wurden öffentlichkeitswirksam begleitet.

Der AntiAtom-Widerstand macht und machte sich immer an Symbolen fest. Auch wenn der Ausstieg noch nicht erreicht ist. Brokdorf ist das letzte gebaute Atomkraftwerk an der Elbe. Insofern war der Widerstand erfolgreich.

Bundesweite Brokdorf-Demo am 5.10.1996

„10 Jahre in Betrieb - 23 Jahre Widerstand gegen das AKW Brokdorf"

Treffs: 11.00 Bahnhof Itzehoe
14.00 am AKW Brokdorf

Infos über Aktionskreis Stillegen (04852/3761 o. 54193)

Alarm in Splietau

Stroh brannte auf der Straße

lr Splietau. Sirenengeheul riß die Splietauer gestern früh kurz vor 4 Uhr aus dem Schlaf. Grund des Alarms: Unweit des Dorfes, auf der Landesstraße in Richtung Gusborn, brannte Stroh – angezündet von Unbekannten. Darüber hinaus hatten die Täter mehrere Leitpfosten am Fahrbahnrand ausgerissen. Männer der Freiwilligen Feuerwehr Splietau löschten den Brand.

ENTSORGUNG.

Verantwortungsvoll handeln.

Castor in Vorbereitung

lni Hannover. Die Vorbereitungen für den nächsten Castor-Transport mit Atommüll nach Gorleben laufen weiter. In der kommenden Woche werden nach Angaben des niedersächsischen Umweltministeriums von gestern im Atomkraftwerk Neckarwestheim (Baden-Württemberg) zwei Behälter mit abgebrannten Brennelementen beladen. Ein weiterer Castor stehe im bayerischen Atomkraftwerk Gundremmingen bereits fertig beladen. Einen Termin für den Transport des Atommülls ins Zwischenlager Gorleben gibt es laut Innenministerium noch nicht.

Zugstrecke Lüneburg-Hamburg

Anschlag von Castor-Gegnern

lno/dpa Lüneburg. Auf die Bahnstrecke für die Atomtransporte nach Gorleben haben vermutlich Gegner der Castor-Transporte gestern einen Anschlag verübt. Bei Bardowick (Landkreis Lüneburg) wurde eine Hakenkralle in die Oberleitung der Strecke Lüneburg-Hamburg gehängt, teilte die Bahnpolizei mit. Ein Personenzug passierte den Punkt etwa mit Tempo 80. Trotz eines Schadens an seinem Stromabnehmer konnte der Stadtexpress noch den Bahnhof im nahegelegenen Radbruch erreichen. Verletzt wurde niemand. Der Schaden wird auf 10 000 Mark geschätzt. An der Stelle wurden Flugblätter gegen den geplanten Castor-Transport im November entdeckt.

Auch auf zwei anderen Bahnstrecken gab es Behinderungen. Hier hat die Polizei aber noch keine Erkenntnisse, ob es sich tatsächlich um Anschläge von Atomkraftgegnern handelt. Auf der Strecke Hannover-Berlin wurde den Angaben zufolge zwischen Helmstedt und Marienborn zwar ein Wurfanker in die Oberleitung gehängt, aber keine Hinweise auf Täter gefunden. Ein Zug, der die Stelle passierte, riß die Oberleitung herunter. Die Strecke mußte gesperrt werden. An der Schnellfahrstrecke Hannover-Göttingen riß gestern morgen ein ICE die Oberleitung herunter. Die Ursache hierfür ist nicht bekannt. „Es kann sich auch um einen technischen Defekt handeln", sagte ein Sprecher der Bahnpolizei.

Gestern: Anti-Castor-Aktion bei Dannenberg

Erneut Schienen gesägt

jg Dannenberg. Atomkraftgegnerinnen und -gegner haben erneut zwischen dem Dannenberger Ostbahnhof und dem Castor-Verladekran Schienen angesägt: auf jener Strecke, die ausschließlich dem Transport von Atommüll dient. Eine Viertelstunde nach Beginn der Aktion, an der sich 13 Frauen und Männer beteiligten, kam die Polizei. [...] gerten sich, die Schienen zu verlassen, ließen sich schließlich von den Beamten wegtragen.

Das Sägen ist Teil einer „Kampagne zivilen Ungehorsams"; deren Sprecherin, Katja Tempel, erklärte gestern gegenüber der EJZ: „Wir agieren öffentlich, weil wir an dieser Stel- [...] ten und dem Atomstaat den Gehorsam verweigern wollen." Die Aktionen an der Castor-Schienenstrecke sollen fortgesetzt werden. Die Initiatoren berichten: „Für die nächsten Wochenenden haben sich schon verschiedene gewaltfreie Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet angekündigt, die sich am kontinuierlichen zivilen Ungehorsam beteiligen wollen."

Was Sie schon immer über Sex wissen wollten...

(Weiter geht's, Teil 6)

Hallo, hier bin ich wieder! Die FreundInnen der langweiligen Theorietexte können endlich aufatmen. Nach einer etwas "persönlicheren" Diskussion über Sexualität und Herrschaft in den letzten Interim-Ausgaben möchte ich hier ein paar kritische Zeilen anfügen.
Das Problem, der Diskussion nachzuhängen, da nicht alle Texte gelesen wurden, ist bereits angesprochen wurden (Interim Nr. 388). Die gesammelten Beiträge dieser Sexualitätsdiskussion, die sich aus meiner Kritik an der Arranca Nr. 8 entzündet hat, sind ab Oktober im Nachladen, Waldemarstr. 36 bzw. anderen Infoläden zu bekommen. Ich werde eine Kopiervorlage aller meiner Beiträge dorthin schicken. Ich schlage auch allen anderen AutorInnen vor, schöner gelayoutete Seiten ihrer Beiträge als Kopier- bzw. Druckvorlagen zur Verfügung zu stellen, da die Kopie von der Kopie von der Kopie doch nicht mehr so gut zum lesen ist.
Trotz der nun 6 Monate andauernden Diskussion sollen diejenigen, die jetzt neu einsteigen auf ihre Kosten kommen.

Was geschah bisher?

Seit der Interim Nr. 373 vom 25.04.96 gibt es eine kontinuierliche Diskussion über Sexualität, Moral und Herrschaft, die sich anhand einzelner Beiträge der Zeitschrift Arranca mit ihrem thematischen Schwerpunkt "Sexualmoralischer Verdrängungszusammenhang" (Nr. 8) entzündet hat. Bisher sind über 49 Interim-Seiten Papier hierzu verbraten worden. Die Diskussion ist sehr vielschichtig und als emsige NeueinsteigerIn ist es wichtig zu wissen, was in dieser Auseinandersetzung gesucht wird bzw. auf welcher Ebene diskutiert werden soll. Das Hin- und Herpendeln zwischen exhibitionistisch-persönlicher und theoretisch-abstrakter Ebene prägt derzeit die Diskussion. Meiner Meinung nach haben wir da noch kein Patentrezept gefunden. Schaumer amal...
Ich will dennoch versuchen, einige Gedanken aus der ganzen Diskussion in groben Zügen zusammenzufassen.
Es ging u.a. um folgende Fragen: *(Wie) Kann Sexualität in unseren linksradikalen Medien thematisiert werden, ohne moralinsauer, repressiv oder gar mainstreammäßig patriarchalisch zu sein? Was ist "freie Liebe"? Welche Anläufe gab es in der (ferneren) Vergangenheit? (Wie) Tragen unsere Diskurse über Sex zur Verfestigung patriarchalischer Herrschaft bei? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um einen linksradikalen Diskurs über Sexualität zu führen? Welche Gefahren lauern hierbei? Was ist Zensur? Ist ein gemischtgeschlechtlicher Diskurs über Sexualität möglich, und wenn ja, dann wie? Wie kann so ein Diskurs unter uns Männern aussehen? Wie wird Sexualität in dieser Gesellschaft thematisiert? In welche Richtung läuft dieser Diskurs? Wird Sexualität "unterdrückt"? Welche Moralvorstellungen haben wir verinnerlicht, wenn wir von Sex sprechen? Wie können wir mit der Moral umgehen? Was ist Diskursethik? Taugt die Psychoanalyse zur Erklärung von Herrschaft? Wie sehen fortschrittliche psychoanalytische Ansätze zur Sexualität aus? Was ist Sadomasochismus? Was ist typischer "Männersex"? Was sind die Zusammenhänge von Sex und Kapital? Was ist Sexualhygiene?*
Wie können antipatriarchalische Ansätze von uns Männern aussehen? Kann es die für Nutznießer des Patriarchats überhaut geben? Ist Gefühlerauslassen per se "gut"? Warum (nicht) die "persönliche" Ebene in der Diskussion?

Vielleicht habe ich noch einige Fragen vergessen. Doch wer sich die gesamte Diskussion reinziehen will, ohne auf nervige Recherche zu gehen, warte bis zur o.g. Veröffentlichung/Kopiermöglichkeit der gesammelten Texte. Vielleicht findet sich ja wer, der/die Lust hat, den Wust in Broschürenform herauszubringen? Jedenfalls benötigt Ihr ansonsten die Arranca Nr. 8, Interim Nr. 373, 374, 375, 376, 379, 381, 383, 384, 385, 386, 387, 388, ...
Noch kurz zu den an der Diskussion beteiligten Personen: Meinereins ist **Kermit** (der Frosch), ich bin u.a. mit **Animal** und **Oscar aus der Tonne**, die ihren Auftritt in einem gemeinsamen Gespräch hatten, in einem Männerzusammenhang.
Als hochgeschätzte Mitdiskutantin darf ich **Carrie**, die mit dem Feuer spielt, vorstellen. In ihrer Begleitung ihr werter Mitschreiber **R.P. Mc Murphy** (von "Einer flog übers Kuckuksnest").

Was Sie schon immer über Sex wissen wollten... (Teil 6)

Weiterhin gibt es da **Petito Correcto** (PC), der mit seiner Darstellung einiger persönlicher Erfahrungen für viel Aufsehen sorgte. Von **Männern** und **Frauen aus der Interim** wurde je ein Begleitwort zu seinem Beitrag geschrieben. Es folgten zwei kurze Beiträge von einem Mann namens **Jan** und dann von einem "**Pretty Good Privacy**" (PGP), die sich jedoch nur auf Petito Correctos Beitrag beziehen. Ferner gibt es ein Papier von **Hamburger FrauenLesben** zur Arranca! Nr.8 und eine Antwort darauf von "**Muschi Untermaier**", der Autorin des Artikels "Stellungslehre-Über das 'Untenliegen' und Political Correctness" der o.g. Arranca!-Ausgabe.
In der Mehrzahl und Regelmäßigkeit der Beiträge wird die Debatte aber leider nur von Carrie, Mc Murphy und mir bestritten. Wir freuen uns auf weitere freudige, hochmotivierte MitdiskutantInnen!
Nun aber mal los...:

"Wenn jemand spricht, kann es ganz schön dunkel werden"

Die Forderung von Carrie, die im Raum steht, lautet: Wir Männer sollen unsere inneren, deformierten Strukturen offenlegen, damit frau weiß, woran sie ist (Interim Nr. 388). Es geht um Transparenz. Es geht um mehr "Persönliches" in der Diskussion.
Aber wo winken die Gummibärchen? Ich kann sie leider nicht sehen. Vielmehr sehe ich bei allem gutgemeinten Engagement einen verunglückten Versuch, eine "persönliche" Ebene für bereitwillige Schreiberlinge schmackhaft zu machen.
Nachdem Carrie vehement gegen die einseitige Theoretisierung der Sexualitätsdiskussion geschrieben hat und einfordert, dass doch auch mal die dunkle feuchte Seite der Schreiberlinge (einschließlich mir) dargestellt werden soll, hat sich Petito Correcto (spontan?) in die Diskussion eingemischt, indem er sich ungeniert mit seinen sexuellen Gewalt- sowie anderen Phantasien und Erfahrungen zu Wort meldete. Petito gesteht, stellt sich mit seinem Subjektivismus dar, als könne nur der "liebe Gott" ihm helfen und wartet auf schockierte Reaktionen (so mein Eindruck). Was tun mit so einem Beitrag?
Nachdem "Jan" ihm zu einer patriarchatskritischen, tiefenpsychologischen Männergruppe geraten hat (jedoch anscheinend selbst damit nicht weitergekommen ist) und "PGP" sein Feedback gegeben hat, gehen Carrie und Mc Murphy auf PCs Ausführungen ein.
Nach Carrie ist es wohl hinsichtlich Petitos Ausführungen "für die Frauen wichtig und waaaahnsinnig spannend, eine textliche Fassung miterleben zu dürfen". Sie will damit erfahren, was die Deformationen in uns Männern für Strukturen schaffen. Eine spannende Frage. Ob sie mit dieser Diskussion beantwortet werden kann? Diese Erwartungen sind aber zu hoch geschraubt, was die schriftliche Ebene anbelangt, so meine These.

Der Gang nach Canossa

Wie Carrie und Mc Murphy schon befürchtet haben ("Dr. Sommer, brrr"), erwecken Ihre durchaus interessanten Ausführungen (sie gehen Petitos Erfahrungen Punkt für Punkt durch, analysieren, resümieren) den Anschein, als handele es sich um eine LeserInnenbriefseite in "Psychologie Heute". (Sorry, wenn das jetzt polemisch klingt!). Dieser Eindruck entsteht schon durch den Charakter der Beiträge. (Ganz wie ein typisch medizinischer Diskurs)
Petito Correcto gesteht. Er beichtet seine Erlebnisse vor dem "Tribunal" Interim.
Dieser Schuldfrage nehmen sich Carrie + Mc Murphy an, indem sie vorher einen "Schuldschlüssel" formulieren, nach dem der Härtegrad an Verantwortlichkeit für das eigene Verhalten zu bestimmen ist.
Ein lobenswerter Versuch, moralische Kriterien für eine derartige Auseinandersetzung vorzuschlagen. Doch so einfach geht das auch wieder nicht. Beim besten Bemühen und gutem Vorsatz von Carrie können diese genannten Kriterien als hinfällig betrachtet werden, wenn das moralische Gefüge unangetastet bleibt, mit dem sie bei uns LeserInnen korrespondieren: Wir nehmen diese Kriterien, basteln Schubladen, haben den allzeit präsenten Repressionsapparat fest im Kopf verankert (der Knast beginnt schon im Kopf), denunzieren, deligieren, und was kommt am Ende dabei heraus? Ein Regelwerk (das diesmal unter fortschrittlichem Vorzeichen steht) ersetzt das andere. Da nützt auch der gutgemeinte Aufruf an die LeserInnen wenig, "zu lernen, ohne vorschnell zu verurteilen", wenn da nicht ausreichend argumentiert wird.
Carries und Mc Murphys Moralkriterien sind einseitig psychoanalytisch (auch wenn ich ein großer Freund der gesellschaftskritischen Psychoanalyse bin). Die Bedingungen, in denen wir uns mit unserer persönlichen Geschichte im Beziehungsgeflecht mit anderen verhalten, sind mindestens genauso wichtig, wie die inneren Beweggründe zum Handeln. Leider werden Erstere von beiden vernachlässigt. Sie kennen Petito Correctos eigene Bedingungen ja auch nicht (nehme ich mal an), unter denen er in dieser Gesellschaft lebt.
Aus diesen Gründen besteht eine große, vielfältige Palette an noch ganz anderen Interpretationsmöglichkeiten für Petito Corrects Verhalten, das je nach spezifischer Sozialisation, Situation, anders zu betrachten ist. Der o.g. "Schuldschlüssel", mit dem Petito Correcto letztendlich sein Verhalten

moralisch in die Waagschale werfen soll, ist unter diesen Voraussetzungen nicht so leicht zu konstruieren.
So kann sein Text auch so verstanden werden, dass bei der Beschreibung seiner Erfahrungen nicht herauskommt, ob die Widersprüche für ihn gelebte oder verkopfte sind. Das wäre für mich die zentrale Frage an Petito Correctos Beitrag. Aber seine Absichten bleiben nebulös.
Petito Correcto scheint zwar im Kopf zu haben wie für ihn sein PC-Verhalten auszusehen hat, jedoch will er was Gegenteiliges aus seinem Inneren heraus. Er scheint auch keine perspektivischen Vorstellungen davon zu haben, wie er Wege zur Veränderung finden kann. Dieser Interpretation zufolge kann vermutet werden, dass der wirkliche Wille, so aus dem Bauch heraus, nach gelebter Veränderung für ihn nur als theoretischer Überbau und als restriktives Moralkodex-Regelwerk zu existieren scheint. Es ist sicherlich kein außergewöhnliches Verhalten unter uns Szenemännern, bestimmte Frauenforderungen in unser Über-Ich zu integrieren, anstatt uns mit diesen konstruktiv auseinander zu setzen.
Praktische Tips von Carrie und Mc Murphy, wie der Hinweis, doch mal mit der Feundin darüber zu reden, helfen da auch nicht weiter (vielleicht ist ja die Gesprächsebene zwischen Petito und ihr zu verfahren, aber wer weiß das schon?). Ich schließe mich hier Jans Bedenken an, dass Petito Correcto in einer schriftlichen Debatte kaum seine Erfahrungen für sich kritisch aufarbeiten kann, vorallem, wenn es um seine eigene Person geht.

Daß Theorie Flucht vor der persönlichen Auseinandersetzung sein kann, dem stimme ich zweifelsohne zu. Auch ist der Diskurs über Sexualität in der radikalen Linken sehr eingefahren und unspektakulär. Daran wollen wir ja hier arbeiten.
Doch auf noch mehr Papiere, in der Art, wie sie von Petito Correcto geschrieben werden, kann gut verzichtet werden. Das nicht wegen der Person Petito Correcto, sondern weil die Diskussion anhand eines Einzelschicksals geführt wird, ohne dem gerecht zu werden. Es wird sich an einem Mann abgearbeitet, bewertet, der nur über seine Deformationen erfahrbar, greifbar werden soll. Es gibt genügend, umfangreicheres Material über typisch männliche Eigenschaften (Frings, Pilgrim, Meulenbelt, Bleibtreu-Ehrenberg, Schröder, etc.). Dieses bleibt dadurch begrenzt, daß es entweder statistisch verallgemeinert oder individualistisch entpolitisiert. Warum soll das, provokant gefragt, in dieser Sexualitätsdiskussion viel anders aussehen?
Derartige versuche sind schon dadurch zum Scheitern verurteilt, dass sie Stereotype festschreiben und Schubladendenken produzieren. Wichtige Einzelheiten, die mal eben nicht auf zwei, drei Seiten Papier ausgeführt werden können, gehen unter. Die Persönlichkeit reduziert sich dabei lediglich auf wenige hervorstechende Merkmale des Mannes, der seine Sexismen beschreibt. So fällt es uns anderen Männern umso schwerer, uns hineinzuversetzen und nachzuvollziehen, wie es zu dem beschriebenen Verhalten kommt. Eine persönliche Auseinandersetzung stößt durch die schriftliche Ebene klar an Grenzen.
Aber vielleicht kannst Du, Carrie ja mal *näher* erläutern, wenn Du meinst, wir Männer müssten jetzt hier in Papierform unsere "dunklen, feuchten Seiten" offenlegen? Geht es um die Erhebung männlicher Eigenschaften, die als repräsentativ für uns Männer zusammengefaßt werden sollen? Ist es die Statistik? Geht es um Geständnisse? Sind es die zu erwartenden Abwehrhaltungen? Geht es um Fallstudien? Welche *konkreten* Fragen hast Du?
Besser als die Nabelschau einzelner exponierter Männer halte ich es, allgemein bestimmte deformierte, unterdrückerische Verhaltensweisen als solche zu thematisieren, zu analysieren, wie bzw. wo sie produziert werden, sich bei uns verfestigen und persönliche/andere Erfahrungen dort einzuflechten, wo sie die theoretische Diskussion voran bringen.
Klar, nur die Theorie ist langweilig, kann schnell in Flucht-/Kompensationsverhalten umschlagen und weiterhin typisch männlich sein, wenn's denn übertrieben wird (wir Männer sehen uns für die Ratio verantwortlich; die Weber'sche Rationalität entspringt patriarchalischem Überlegenheitsdenken - Mit "Verstand" die Natur beherrschen...)

Die Interim-Männer

Die Reaktion der "an dieser Ausgabe beteiligten" Interim-Männer zu Petito Correctos Beitrag fand ich äußerst fragwürdig. Während Petito Correcto von seinen Vergewaltigungsphanatsien spricht, kommt von den Männern: "...sofort sind wir durch Dich (Petito Correcto; d.A.) mit unseren eigenen Erbärmlichkeiten im Denken und Handeln wie durch einen Spiegel konfrontiert." So banal alltäglich finde ich - bei allen patriarchalischen Tiefgängen - Vergewaltigungsphanasien unter uns linken Männern und den Umgang damit nun auch wieder nicht. Entweder habt Ihr die selben Phantasien/Erfahrungen und habt auch Kriterien, anhand derer Ihr diese in einem entsprechenden selbsttherapeutischen Rahmen reflektiert oder Ihr relativiert Vergewaltigungsphantasien als ganz normales Alltagsempfinden aller Männer. Erstmal möchte ich sagen, dass ich mich in Petito Correctos Text kaum wiederfinde, ohne deshalb den Antipat-Mann herauskehren zu wollen. Den sexistischen Blick, der alltäglich an Litfaß-

säulen, im Fernsehen, etc eingeübt wird, kenne ich aus eigener Erfahrung. Situationen, in denen ich Frauen nicht richtig zuhöre, sondern von ihrer Ausstrahlung gefesselt bin, kenne ich ebenfalls. Doch zu all dem, was hier aufgezählt ist, gibt es klare Abstufungen. Diese Abstufungen sind notwendig, um als bewegte Männer handlungsfähig gegen Männergewalt zu sein. Das heißt, sich, bewußt über eigene Widersprüchlichkeiten auch selbstkritisch von Sexismen distanzieren zu können und sich einzumischen. Leicht gesagt - schwer getan.

Das einzige, was die Kommentatoren von Petitos Artikel stört, scheint die unverblümte Direktheit seines Artikels zu sein, unplugged, unzensiert, einfach mal ohne Analyse was rauszulassen. In der Therapie läßt sich mit sowas gut arbeiten, aber auf dem Papier ist diese Herangehensweise denkbar ungeeignet. Der direkte Bezug zu Petitos Persönlichkeit, die hoffentlich auch noch andere, hellere Seiten beinhaltet, fehlt einfach. Die Einschätzung, dass Petito sich mit seinen Erfahrungen exhibitioniert und keine Anknüpfungspunkte für mögliche Veränderungen aufzeigt, kann ich gut teilen.

"Männeransätze"- ein Konstrukt "ertappter" Sexisten?

In ihrem Beitrag "Wenn jemand spricht, wird es hell" (Interim Nr. 388) ist Carrie auf meine Ausführung zu "herrschaftsfreien Männeransätzen" eingegangen. Doch irgendwie scheint nicht klar rübergekommen zu sein, was ich darunter verstehe. Sie befürchtet, dass diese Männeransätze nicht wirklich aus eigener Motivation von uns Männern heraus kommen können, was zu ändern, sondern ausschließlich aus direktem Druck von Frauenkämpfen resultieren.
Um es mal statistisch auszudrücken, sind die meisten Männergruppen direkt als Reaktion auf konkrete Frauenforderungen an Männer entstanden (auch hier gibt es Ausnahmen). Hier in Berlin bestehen/bestanden meines Wissens diejenigen Männergruppen abstruserweise (?) am längsten, auf die das nicht direkt zugetroffen hat. Indirekt bzw. entfernt lassen sich natürlich alle Männergruppen auf Frauenkämpfe zurückführen, weil die Diskurse über die Geschlechterverhältnisse maßgeblich von Frauen initiiert und aufrecht erhalten werden.
Wie kann nun so ein Motiv aussehen, in einer Männergruppe länger als ein Jahr zu bleiben, wenn es nicht der Druck "von außen" ist? Für Carrie scheint dies ein Rätsel zu sein. Doch unterschiedliche Motivationen verschiedener Männergruppenmänner hierzu gibt es wie Sand am Meer. Ich kann ja mal - ohne Bewertung - ein paar aufzählen, die mir in den letzten Jahren so begegnet sind, um die Phantasie etwas anzuregen.

- ⇨ Wie schon erwähnt, aus **schlechtem Gewissen** Frauen gegenüber was gegen den eigenen Sexismus zu tun bzw. dem Sexismus eines Mannes aus dem konkreten Umfeld.
- ⇨ Der **äußere "Zwang"** bzw. was als solcher empfunden wird.
- ⇨ Aufarbeitung der eigenen **Täter-Biographie** (als Sexist, Vergewaltiger).
- ⇨ Das **Unwohlfühlen**, nicht mit dem Widerspruch klar zu kommen, einerseits herrschaftsfreie Ansätze entwicken zu wollen, andererseits eigene Sexismen auszuleben.
- ⇨ Das thematische, **theoretische Interesse** an der Auseinandersetzung mit Patriarchat. (klingt erstmal vorgeschoben)
- ⇨ Das nicht-klar-kommen mit bestimmten gesellschaftlichen **Rollenanforderungen** innerhalb von Männerhierarchien (die Position des **Außenseiters** einnehmen).
- ⇨ Probleme mit **eigenen Aggressionsanfällen**. Wo kommt's her?
- ⇨ Der Wunsch, insbesondere **zu Männern ein Verhältnis** zu entwickeln, das nicht auf Machtkampf, Konkurrenz und Härte aufgebaut ist.
- ⇨ **Sexueller "Mißbrauchs"- (Vergewaltigungs-) Erfahrungen** als Opfer.
- ⇨ **Krasse Kindheitserlebnisse** (z.B. Heimaufenthalt, Trebe, schlagende Väter, etc.).
- ⇨ Anstoß von Schwulen, die eigene **Homophobie** zu hinterfragen.
- ⇨ Angewidert sein von (eigenen) männlichen **Dominanz-Strukturen in der Szene**.
- ⇨ **Lust auf mehr Nähe** zu anderen Männern.
- ⇨ Das dringende Bedürfnis, das **gestörte Vater-Sohn-Verhältnis** aufzuarbeiten.
- ⇨ Unsicherheit mit **eigener Vaterschaft/Vaterrolle**.
- ⇨ Das diffuse Bedürfnis nach einer **Gruppentherapie**, die jedoch nur unter Männern denkbar ist.
- ⇨ Die ablehnende Haltung der Frauenbewegung gegenüber und die Suche nach einem **Männerbund**, der den eigenen **Antifeminismus** und das narzißtische Selbst stärkt (Wild Men).

So, jetzt komme ich mir wie so einer dieser Soziologen vor, die bestimmte Wahrheiten in Schubladen festklopfen. Doch so soll das nicht sein. Das ist nur eine beschränkte Auswahl an Motiven.
Sie verdeutlichen, dass es sehr wohl andere Motivationen, außer die des "Zwanges", "Drucks", "Feminisierung" als bloßes Anpassungsverhalten gibt, sich als Männergruppe zu organisieren.

Was Sie schon immer über Sex wissen wollten... (Teil 6)

Meine eigene Motivation? Irgendwo zwischen Kindheitserfahrungen, eigenen sexistischen Strukturen und dem Bedürfnis, insbesondere mit anderen Männern ein "anderes" Umgehen zu entwickeln. Letzteres war Stein des Anstoßes für mich, in eine Männergruppe zu gehen.

Die Perspektiven für jeden einzelnen Männergruppenmann ergeben sich einerseits automatisch aus der eigenen Motivation (z.B. s.o.), andererseits aus dem, was die gemeine Männergruppe darüberhinaus fähig ist, an herrschaftsfreien, gesellschaftskritischen Ansätzen zu entwickeln. Das ist auch nicht viel anders als in anderen Politgruppen, außer dass es aus meiner Erfahrung in der Männergruppe intensiver, konfliktbeladener, persönlicher als in bestimmten anderen, gemischten Teilbereichen werden kann...

Die Sache mit der Transparenz

In dieser Diskussion ist/war es mein Anliegen, Kriterien für eine persönliche Auseinandersetzung zu diskutieren und kritische Gedanken zu formulieren, die mit der eigenen Praxis abgeglichen werden können. Hier und da selber Erlebtes. Eine Art Handwerkszeug. Das geschriebene Wort kann natürlich nicht die direkte, persönliche Auseinandersetzung (in der Männergruppe, etc.) ersetzen. Abseits der reinen Schriftebene geht es darum, dass wir es mit unseren Strukturen langfristig schaffen, alte, auf Repression und Unterdrückung gebaute Bedürfnisse durch neue zu ersetzen. Bedürfnisse werden gelebt, sollten hinterfragt werden und sind nicht theoretisch.

Transparenz finde ich eine wichtige Option für Männergruppen, Männerbewegte. Das Private ist politisch. Wie transpar[illegible] nun Transparenz sein sollte, das bleibt weiterhin unklar.

Da gab es in der Vergangenheit schon abstruse Forderungen, daß Männergruppen Protokolle ihrer Sitzungen zu veröffentlichen hätten, genauso wie es Männergruppen gab, die ihr Selbstverständnis auf derartigen Forderungen aufbauten. Hinter derartigen Forderungen steckt die Sichtweise, daß sich Männer nur wegen Frauen und über Frauen in der Männergruppe definieren. Sicherlich gab und gibt es diese Männergruppen. Sie sind aber von vornherein zum Scheitern verurteilt, da Gruppen erfahrungsgemäß nicht lange bestehen, die sich aufgrund einer Situation konstituieren, die als Zwang/Rechtfertigung/Zurschaustellung empfunden wird. Auf eine derartige Transparenz kann verzichtet werden, weil sie nicht wirklich offen sein kann. Anders sehe ich das mit Männerzusammenhängen, die für sich ihre eigenen, persönlichen Fragestellungen gefunden haben. Die erwachsen aus einem Konklomerat an unterschiedlichsten Motivationen. Unsere Lust auf Veränderung muß <u>gelebt</u> werden und das im konkreten sozialen Gefüge mit allen FreundInnen.

Transparenz ergibt sich durch unsere ständige Auseinandersetzung mit FreundInnen. Den Anspruch, gegenüber (linksradikalen) Feministinnen (ob direkt aus dem FreundInnenkreis oder indirekt aus der Szene allgemein) greifbar, kritisierbar und aufgeschlossen zu sein, finde ich einen unabdingbaren Anspruch einer jeden Männergruppe. Ohne diesen Anspruch bzw. dem Austausch, der möglichen Kritisierbarkeit rutscht so eine Männergruppe schnell ins patriarchalische Rollback.

Ich für meinen Teil versuche, in der Beziehung zu FreundInnen, Bekannten, aufgeschlossen zu sein und ein kritisch-solidarisches Verhältnis zu entwickeln. Das, was ich so an Theorie (auch aus der Männergruppe) mitnehme, will ich mit meinen Texten zur Diskussion stellen. Gerade bezüglich der "Männeransätze" finde ich Transparenz um so notwendiger, da es sich hierbei noch um theoretisches Neuland handelt. Es sind schon viele fragwürdige bis reaktionäre Männeransätze entwickelt worden, so daß Mißtrauen angesagt und eine öffentliche Diskussion darüber wichtig ist.

Der/die letzte macht das Licht aus...

Nun will ich Euch nicht länger langweilen, sondern kurz einige Punkte zusammenfassen.

Nicht die persönliche Biographie Einzelner sollte Thema sein, sondern die Diskussion über ein Thema sollte persönliche Reflexionen beinhalten, dort, wo es sie voranbringt. Persönlichere Auseinandersetzungen in Diskussionstexten gelangen schnell an Grenzen...

Eine neu zu schaffende Moral beinhaltet nicht nur die Frage nach Schuld als Voraussetzung zur Aburteilung. Sie schließt vor allem ein, daß individuelle, soziale Rahmenbedingungen wichtig sind. Die eigenen verkrusteten kirchlichen Moralvorstellungen sitzen doch ganz tief und prägen unsere Lesart. (Eine "revolutionäre" Moraleinstellung unter uns LeserInnen kann nicht stillschweigend mal eben vorausgesetzt werden.)

Damit es für die LeserInnen spannender wird, werde ich das nächste Mal ein paar persönliche Fotos von mir veröffentlichen...

Ich finde es durchaus wünschenswert, wenn es so wäre, dass Männer und Frauen eine gemeinsame Ebene fänden, auf der ein gleichberechtigter Austausch über Mißverständnisse, Deformationen, Zurichtungen und Verletzungen stattfinden kann. Die bisherigen Versuche fand ich nicht so gut gelungen. Ich bin am zweifeln, ob es auf der schriftlichen Ebene überhaupt möglich ist... We'll see.

Alles Liebe!!

Kermit



Zwei sind keine terroristische Vereinigung

Ist die AIZ zu klein für den Anti-Terror-Pragraphen 129a?

Die Antiimperialistischen Zellen (AIZ) gibt es möglicherweise rein formell gar nicht. Jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, daß es sich bei der linksradikal-islamischen militanten Gruppe um ein Zwei-Mann-Unternehmen gehandelt hat. Da aber in Deutschland alles seine Ordnung hat und eine »terroristische Vereinigung« erst dann als solche gilt, wenn sie aus mindestens drei Mitgliedern besteht, scheint im Verfahren gegen die beiden inhaftierten angeblichen AIZ-Mitglieder, Michael Steinau und Bernhard Falk, der Tatvorwurf nach Paragraph 129a (»Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung«) zusammenzubrechen. Am 20. September entschied der Bundesgerichtshof (BGH), daß der »dringende Tatverdacht nach Paragraph 129a« aufzuheben sei.



Zwar wird weiter ermittelt, doch haben die Verfolgungsbehörden offenbar keinen Hinweis mehr auf die Existenz weiterer AIZ-Mitglieder. Der Verdacht basierte bisher auf einem Vermerk des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts (LKA). Demnach befanden sich auf einem Klebeband, das bei dem Sprengstoffanschlag auf die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Düsseldorf am 5. Juni 1994 gefunden wurde, Fingerabdrücke einer Person, die nicht mit einem der beiden Inhaftierten identisch sei. Nun wurde bekannt, daß der unbekannte dritte Mann, der seinen Fingerabdruck hinterließ, ein ermittelnder Polizeibeamter der wissenschaftlichen Abteilung des LKA ist.

Somit besteht, so der BGH, allenfalls noch gegenüber zwei Personen ein konkreter 129a-Verdacht. Falks Rechtsanwältin Edith Lunnebach aus Köln glaubt nun nicht mehr an eine Anklageerhebung nach dem Anti-Terror-Paragraphen. »Damit entfällt für die Staatsanwaltschaft auch die Beweiserleichterung durch den Sonderrechtsparagraphen«, sagte sie gegenüber *jW*. Auch der Einzeltatnachweis für die übrigen Anklagepunkte (zwei Sprengstoffanschläge und Totschlagsversuch) werde dadurch erschwert.

Auswirkungen wird die BGH-Entscheidung vor allem auf die Haftbedingungen für Falk und Steinau haben. Die rigide Isolationshaft, der die beiden derzeit unterliegen, ist nämlich nur mit dem Paragraphen 129a legitimierbar. »Heute hatte ich erstmals einen Besuch bei meinem Mandanten ohne Trennscheibe«, berichtete Lunnebach am Freitag über erste Konsequenzen. Seit ihrer Inhaftierung am 26. Februar haben die Verdächtigen mit keinem anderen Gefangenen auch nur ein Wort wechseln können.

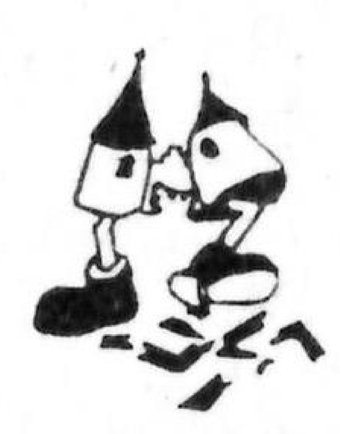
Daß die AIZ mit der Festnahme von Falk und Steinau vollständig zerschlagen sei, hatte der *Spiegel* bereits mehrfach kolportiert. Unter Berufung auf Insider hieß es, daß einzelne Ermittler schon länger den Verdacht gehabt hätten, daß es nur zwei AIZ-Mitglieder gebe. Dennoch hatten Verfassungsschützer und polizeiliche Ermittler in der Öffentlichkeit immer wieder von einer vermeintlichen Gruppenstärke von »25 bis 50« Leuten gesprochen. Doch selbst die Täterschaft von Falk und Steinau muß erst bewiesen werden. Nachdem nun wahrscheinlichen Ende der 129a-Ermittlungen könnte dies für die Kläger schwierig werden. Die Bundesanwaltschaft, die derzeit an ihrer Anklageschrift bastelt, wird jedenfalls einiges umschreiben müssen. *Ivo Bozic*



Lübecker Bündnis gegen Rassismus

c/o alternative
Willy-Brandt-Allee 9
23544 Lübeck

Antifaschistisches Telefon:
Täglich außer Sonntag und Montag
18 - 21 Uhr
Telefon + Fax: 0451 - 70 20 748



Bankverbindung:
Konto 5664 06-201, Christoph Kleine
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20

PROZESS-INFO und BUNDESWEITE DEMONSTRATION am 2.11.96



Lübeck, den 23. September 1996

Liebe Leute,

anbei erhaltet Ihr unser erstes **PROZESS-INFO** über das Verfahren gegen Safwan Eid, das seit dem 16.9. vor dem Lübecker Landgericht geführt wird. Wir werden dieses Info in Zukunft regelmäßig herausgeben. (Die Nummer 2 erscheint voraussichtlich bereits diesen Freitag mit einem ausführlichen Bericht von den Aussagen des Hauptbelastungszeugen Jens Leonhardt)

Ihr könnt das **PROZESS-INFO** bei uns bestellen: 10 Ex. für DM 5, 25 Ex. für DM 8, 50 Ex. für DM 10 oder 100 Ex. für DM 15. Am besten gegen Vorkasse, aber wenn's schnell gehen soll, tut's auch ein Anruf: 0451 - 70 20 748.



Außerdem planen wir eine **bundesweite Demonstration für den 2. November in Lübeck**. Am 8. November laufen die Duldungen der meisten Brandopfer aus. Mit der Demonstration soll zunächst Druck für das dauerhafte Bleiberecht der Überlebenden aufgebaut werden. Die zweite Hauptforderung ist natürlich der Freispruch für Safwan und die Eröffnung eines Verfahrens gegen die verdächtigen Rassisten aus Grevesmühlen. Dies soll verbunden werden mit unseren allgemeinen Forderungen nach offenen Grenzen und dem Bleiberecht für alle!

Für diese Demonstration wird ein **bundesweites Vorbereitungtreffen am 12. Oktober in Lübeck** stattfinden. Den genauen Ort und die genaue Zeit könnt Ihr ab nächster Woche bei uns erfragen, dann gibt's auch ein vorläufiges Demo-Konzept. Den Entwurf für den Aufruf findet Ihr im nächsten **PROZESS-INFO**. Demnächst können auch Mobilisierungs-Plakate bei uns angefordert werden.



Wir freuen uns, Euch zu sehen: am besten schon beim Vorbereitungstreffen, spätestens aber am 2. November!

Bis bald!

Linke Heimat

Ein Dreivierteljahr nach dem Lübecker Brandanschlag scheint die Opfer-Täter-Verdrehung durch staatliche und mediale Präsentation bei einem Großteil der deutschen Bevölkerung verinnerlicht zu sein. Zeit für eine kritische Reflexion des (Nicht-)Verhaltens der deutschen Linken, bzw. der bisher geleisteten Solidaritätsarbeit. Zwei Tage nach dem Brandanschlag präsentierte die Staatsanwaltschaft Safwan E. als Täter, der nach der Freilassung der vier Grevesmühlener dem Konstrukt diente, Deutschland vor dem Vorwurf rassistischer Übergriffe zu schützen. Die linken Solidaritätsbekundigungen, die zumindest in den ersten beiden Tagen beschränkt vorhanden waren und eine Täterschaft unter den Deutschen ausmachten, brachen nach der Täterpräsentation der Staatanwaltschaft weitgehend zusammen. Reichte das Analysevermögen bei politischen Gefangenen immer noch aus, Präsentationen von öffentlicher Seite als offensichtlich unwahr zu disqulifizieren, traute man Safwan E. eher als den vier Deutschen zu, das Haus in dem er und seine Familie sich aufhielten, angezündet zu haben. Woher kommt nach den bekannten fremdenfeindlichen Übergriffen des neuen Deutschlands dieser Perspektivenwechsel?

Die taz stellt die Vertrauensfrage...

An der rechts-alternativen tageszeitung mit ihrer linksliberalen und grünen Klientel läßt sich zumindest in der medialen Aufarbeitung ein Perspektivenwechsel verdeutlichen. Vier Tage nach dem Anschlag - auch die taz vermutete zuerst einen rechtsradikalen Hintergrund - entschuldigte sich Christian Semler in seinem Kommentar auf der Titelseite bei allen Deutschen, sie so lange in den Tätermittelpunkt gestellt zu haben, denn zukünftig sei auch "die Möglichkeit zu erwägen, daß der Anschlag Resultat einer Auseinandersetzung zwischen Gruppen von Asylsuchenden sein könnte." Deutlicher wurde Miriam Niroumand im Innenteil der Zeitung am 29.01.96. In dem Versuch, sich vom positiven Rassismus der eigenen Zeitung abzugrenzen, forderte sie "eine Reportage", bei der es "um Eifersucht, um Rassismus, um religiöse Differenzen" zwischen den Heimbewohnern gehen sollte. Darüber hinaus forderte sie ihre schreibenden taz-KollegInnen (und natürlich auch die LeserInnenschaft) auf, ihre "links-franziskianischen Armutsideale" zu verwerfen, diesen Staat, der "halbwegs brauchbare Unterkünfte" anbietet, als von der Vergangenheit geläutert anzuerkennen und eben auch das Bild des kriminellen Ausländers als Normalität zu akzeptieren. Durch ihr Image als linke Zeitung blieb die prodeutsche Kommentierung sicher nicht ohne Einfluß.

Die taz folgte kritiklos den aufgetischten Versionen der Staatsanwaltschaft und verbreitete den Brandanschlag betroffen aufgearbeitet als Problem der Nichtdeutschen. Auch nachdem andere bürgerliche Medien (z.B. Monitor) an den offiziellen Versionen der Staatsanwaltschaft erste Zweifel hegten, blieb die taz bei ihrer Funktion als Verlautbarungsorgan der Staatsorgane. Am 21.03.96, zwei Tage vor der bundesweit-mobilisierten Demo, unternahm Kersten Kampen durch ihren sprachlich rassistischen Stil den Versuch, noch einmal spaltend auf die Solidaritätsbewegung Einfluß zu nehmen. Sie rechtfertigte die illegale Abhöraktion, und zitierte kritiklos die Ermittler, "die ... sich sicher (sind), Belastendes [durch die Abhörprotokolle] in der Hand zu haben.[...] Sawfan E. wurde mit den Protokollen konfrontiert. [...] Ausgerechnet an Stellen, die ihn belasten können, will der 21jährige nichts verstanden haben oder etwas anderes gemeint haben [...]. Für die Ermittler [und für Kersten Kampen] ein weiteres Mosaiksteinchen." Dann zitiert sie aus anonymen (!) Briefen an die Ermittler, in denen den Bewohnern der Hafenstraße Autoschieberei, Dealerei, Prostitution und Kinderpornographie vorgeworfen wird. Bei solcher Berichterstattung stellt sich die Vertrauensfrage nicht mehr ernsthaft, und die Anfrage, bei der FAZ als Jugendbeilage zu erscheinen, wäre allemal ehrlicher.



...allerdings kaum etwas über die Natur, ...

My home is my castle

Die in der Vergangenheit von vielen Linken mitgetragenen Betroffenheitsbekunden nach rassistischen Übergriffen waren in erster Linie zur eigenen positiven Identitätsbildung gedacht und nicht zur Kritik der deutschen Verhältnisse. Wie auch in anderen Debatten (Kriegseinsätze, etc.) scheint der nationale Konsens die Linke hier erreicht zu haben. Gründe hierfür sind in dem von der Linken nie erkannten Zusammenhang zwischen deutsch-nationaler Identität und rassistischen Denkmustern zu suchen. Dies kommt so lange nicht direkt zum Vorschein, wie diese Verhältnisse scheinbar in ihrer Totalität kritisiert werden. Da viele Linke in einzelnen Punkten in nationale Debatten eingreifen, bzw. in ihnen agieren, werden sie Teil des nationalen Konsens, der Rassismus impliziert. Die Gewerkschaften haben nicht erst seit dem Bündnis für Arbeit ihren reformistischen Ansatz zugunsten einer nationalen Standortpolitik aufgegeben. Statt für "internationale Solidarität" demonstrieten deutsche Arbeiter, organisiert von der IG Bau, vor einer Baustelle in Hamburg-St. Pauli gegen die in der Mehrzahl nichtdeutschen Arbeiter. Sie kesselten die Baustelle so lange ein, bis die Polizei alle ausländischen Arbeiter ohne Arbeitserlaubnis abgeführt hatte. Auf einer anderen Baustelle in Hamburg, mußte der Auftraggeber getrennte Toiletten für deutsche Arbeiter mit der Aufschrift aufstellen: "Nicht für Polen". Der PDS-Bürgermeister Harald Buttler in Berlin-Marzahn hatte Verständnis für eine 1.Mai-Demonstration einiger Faschisten in seinem Stadtteil, da die Forderung nach Lehrstellen für deutsche Jugendliche bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit richtig sei.

Diese Beispiele sind in bezug auf den bisherigen antirassitischen Anspruch der Linken nur bedingt widersprüchlich. Nichtdeutsche, die bislang nur als Objekte im links-deutschen Weltbild des jeweiligen Standpunktes (als Proletarier, Frau, Opfer) wahrgenommen wurden, passen nicht mehr in die Politikbezüge der oben benannten Debatten, bzw. die Debatten um sie haben rassistische Bezüge (Ausländergesetzgebung).

Jetzt mit 40% weniger Rassismus

Die fehlende 'kritische' Berichterstattung der bürgerlichen Öffenlichkeit blieb nicht ohne Auswirkungen auf Teile der Solidaritätsbewegung. So sah sich u.a. auch das "Lübecker Bündnis gegen Rassismus" vor die Aufgabe gestellt, bürgerliche Aufklärung und 'linke' Kritik zu spielen. Lange Zeit konnten sich die LübeckerInnen nicht zu einer eindeutigen Solidarität gegenüber Safwan E. durchringen. Das Bündnis forderte Ermittlungen in alle Richtungen, hielt Safwans Schuld für möglich. In völliger Überschätzung der eigenen Position sahen die LübeckerInnen in der anfänglichen Betroffenheit einiger Prominenter (Boutellier) die Chance, die Abschaffung des Asylrechts zu thematisieren, gar die SPD auf einen neuen Reformkurs zu lenken. Dies alles geschah nach der nationalen Konstruktion des Tathergangs. Und wer glaubt, die SPD ernsthaft in eine antirassistische Richtung bringen zu können, muß ihre Rolle bei der Asylgesetzgebung verschlafen, bzw. ihre Abschiebepraxis als Erfindung der 'konkret' angesehen haben. Im Mittel-punkt der Aussagen des Lübecker Bündnisses stand immer wieder die Forderung, die einseitigen Ermittlungen einzustellen. Ähnliche Positionen vertraten die schleswig-holsteinischen Grünen: "Wir fordern die Staatsanwaltschaft auf, die einseitigen Ermittlungen endlich einzustellen und jetzt nachdrücklich in alle Richtungen zu ermitteln." Das Lübecker Bündnis forderte darüber hinaus zumindest noch den Rücktritt der Staatsanwaltschaft, doch die Konzentration auf solche Forderungen macht deutlich, daß sich ihre Analysen zu rassistischen Ermittlungen am Individualrassismus festklammern, und nicht die Struktur rassistischer Gesetzgebung und Ausführung betrachten.

Was bleibt ?

Was bleibt für eine linke Solidaritätsbewegung? Sicherlich zuerst die Feststellung, daß eine Parteilichkeit für Safwan E. eine GegnerInnenschaft zum nationalen Täterkonstrukt bedeutet. Die bisherigen Erkenntnisse sollten jeder/jedem verdeutlichen, daß nicht einzelne deutsche RassistInnen sich ihren Fall basteln, sondern es vielmehr eine enge Verzahnung zur rassistischen Zusammenarbeit von ErmittlerInnen, PolitikerInnen und Öffentlichkeit gibt, die ein nationales Interesse daran haben, die wirklichen Geschehnisse nicht ans Licht zu bringen.

★

„die wan's" september 1996 · seite

sofortige einstellung des verfahrens gegen safwan !

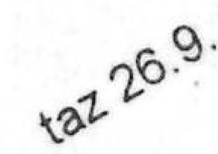
ViSdP: J. Kreutzt

Festnahme in Grevesmühlen
31. 8. 96:
kleine dunkelhaarige Frau wird u. a. von einem B u l l e n f u ß weggestoßen, ein anderer tritt drauf: Wer hat das gesehen?

Bitte melden bei:
RA Johannes Santen,
Tel. 040/3 90 01 03



Apartheid auf dem Breitscheidplatz



■ Aktion „saubere Hauptstadt" in der City: Jeden Tag finden Polizeirazzien statt, vor allem gegen Schwarzafrikaner und Araber. Aber auch Junkies und Obdachlose werden systematisch vertrieben. Sozialstadtrat Maier: City darf nicht „gereinigt" werden

Die von Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) propagierte Aktion „saubere Hauptstadt Berlin" zeigt erste Ergebnisse. Allerdings ist es nicht die BSR, die auf dem Breitscheidplatz den Besen schwingt, sondern die Polizei, und zwar gegen Menschen. Seit dem 21. August finden in der City mehrmals täglich konzertierte Polizeiaktionen statt, meist in den Nachmittags- und frühen Abendstunden. Sie richten sich vor allem gegen Passanten, die aufgrund ihrer schwarzen oder dunklen Hautfarbe automatisch als Dealer, Raubtäter oder Taschendiebe verdächtigt werden. Aber auch Junkies und Obdachlose werden ständig kontrolliert, in Polizeiwannen verfrachtet und am Stadtrand ausgesetzt. Die antirassistische Initiative und der Charlottenburger Sozialstadtrat Udo Maier (SPD) protestierten schon mehrfach heftig dagegen, jedoch ohne Erfolg.

Bestrebungen für einen „sauberen" Ku'damm gibt es schon länger. Die AG City, eine Vereinigung von Geschäftsleuten, beschäftigt seit mehreren Jahren einen privaten Wachdienst, der eng mit den Polizeibeamten der OG City West kooperiert (die taz berichtete mehrfach). Zunächst ging es darum, Hütchenspieler, Punks und Obdachlose von der sogenannten Nobelmeile zu vertreiben. Nun sind offenbar die Immigranten und Flüchtlinge mit dunkler Hautfarbe an der Reihe. Erleichtert wird den Beamten das Vorgehen dadurch, daß der Breitscheidplatz ein sogenannter „gefährlicher Ort" ist. Das heißt, Kontrollen können ohne Anfangsverdacht durchgeführt werden.

Die antirassistische Initiative wirft der Polizei vor, am Breitscheidplatz Apartheid auszuüben. Nach Angaben einer Sprecherin liegen der Gruppe inzwischen sieben bis acht Gedächtnisprotokolle von Betroffenen vor – darunter auch das Protokoll des Betreuers eines Flüchtlingswohnheimes, der mit zwei bengalischen Jugendlichen unterwegs war. Nach einer Leibesvisitation wurden die drei fotografiert und dann in „drohendem Ton" aufgefordert, sich an dem besagten Tag nicht mehr am Breitscheidplatz blicken zu lassen.

Laut antirassistischer Initiative verfährt die Polizei stets nach ähnlichem Muster. Die Beamten steuerten „zielstrebig und ausschließlich" auf schwarze und arabische Menschen zu, führten „respektlos und teilweise offen rassistisch" die Personen- und Paßkontrollen durch. Eine Aufklärung über den Grund der Aktion erfolge in der Regel nicht. Immer wieder würden Betroffene wie Schwerverbrecher in Handschelllen gelegt und gewaltsam zur Wanne geschleppt. „In all den uns bekannt gewordenen Fällen wurde nichts gefunden, was derartige Verletzungen der Privatsphäre und Menschenrechte rechtfertigen könnte." Doch anstatt sich bei den Opfern zu entschuldigen, würden den Afrikanern und Arabern auch noch Platzverweise unter Androhung von Festnahmen ausgesprochen.

Innensenatssprecher Thomas Raabe bestätigte, daß in der City seit dem 21. August verstärkt Aktionen" gegen Personen durchgeführt werden, „die mit Drogen und Waffen handeln und kein Aufenthaltsrecht haben". Von einem gezielten Vorgehen gegen bestimmte Ethnien sei ihm jedoch nichts bekannt. Die Polizei gehe „streng nach dem Legalitätsprinzip" vor. Die verstärkten Aktionen seien auf dem Breitscheidplatz wegen der „repräsentativen Lage des Platzes" erforderlich, sagte Raabe.

Von gezielten Einsätzen gegen Afrikaner und Araber wollte man auch bei der Polizei nichts wissen. „Wir haben kein besonderes Augenmerk auf Menschen schwarzer oder dunkler Hautfarbe", erklärte der Leiter des für die City zuständigen Polizeiabschnitts 27, Joachim Fischer. Dies sei lediglich im Sommer einige Zeit der Fall gewesen, als sich eine Gruppe von Schwarzafrikanern im nordöstlichen Bereich des Platzes „massiert" vor Kentucky Fried Chicken aufgehalten habe und dort Angestellte und „Frauen und Mädels" bedroht und belästigt habe. Seit sich die Polizei jedoch einige Tage „intensiv um diese Herren gekümmert hat", ließe sich die Gruppe nicht mehr blicken. Der Breitscheidplatz sei ein Kriminalitätsschwerpunkt, deshalb könne es bei den Kontrollen „jeden treffen, auch Schwarzafrikaner".

Der Charlottenburger Sozialstadtrat Maier verwahrte sich dagegen, daß die City von Süchtigen und Obdachlosen „gereinigt" werde. Die Menschen seien ständig auf der Flucht und somit für Sozialarbeiter unerreichbar.

Plutonia Plarre

Apartheit
auf dem
Breitscheidplatz

! WHITES ONLY !

ASOG gegen ImmigrantInnen

Fast täglich Razzien
Menschenjagd
Schikanen
Festnahmen
Verschleppungen
ED-Erfassungen

Rassismus pur - flächendeckend !

.....und wie lange wollt
IHR Euch das
noch anschauen ?

KUNDGEBUNG AM FREITAG, 4.10.
ZWISCHEN 16 - 18 UHR
BREITSCHEIDPLATZ
ZWISCHEN
KLOPS & KIRCHE



Kontakt über
Antirassistische Initiative 7857281



Auf dem Breitscheidplatz gilt „Aktion saubere Hauptstadt" *Foto: Wolfgang Hermann*

Veranstaltung

Weg mit den §§ 129/129a

Freitag, 4. Oktober, 19.00 Uhr
Haus der Demokratie, Friedrichstraße 165, Veranstaltungssaal

Es referieren Betroffene und Anwälte aus den Verfahren gegen die Autonome Antifa (M), die kriminalisierte Zeitschrift radikal und den kurdischen Widerstand sowie Ursel Quack



Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend

Die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden ca. 40 Mio Besuche - das bedeutet im Tagesdurchschnitt etwa 300.000 Menschen. Unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" sollen sich rund 200 Nationen, öffentliche und private Institutionen und Großkonzerne auf dem 160 ha großen Ausstellungsgelände präsentieren.

Die Idee einer Weltausstellung in Hannover wurde 1987 von der Deutschen Messe AG Hannover ausgebrütet: "Die gezielte Entwicklung und Modernisierung des Messegeländes und die Bemühungen um eine entsprechende Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür, daß der Messeplatz Hannover auch nach Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts seine führende Stellung unter den weltweit tätigen Messezentren halten kann." Dieses Anliegen des Messe-Managements war getragen vom ungebrochenen Credo eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Nachdem die einseitig auf Automobil-Produktion basierende Ökonomie Hannovers schwer in die Krise geraten war, sollte damit gleichermaßen die Dienstleistungs-Ökonomie der Stadt ausgebaut werden und ein Image-Zuwachs die Region für die ModernisierungsgewinnerInnen und das Unternehmertum attraktiver machen.

Als derartige Planungen 2 Jahre später (!) öffentlich wurden, bildete sich rasch ein regional begrenzter, z.T. radikaler Widerstand. Die EXPO wurde als Maßnahme interpretiert, drastische Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Hannover durchzusetzen bzw. zu beschleunigen und die Stadt den Interessen der Messe AG zu unterwerfen. Eine Verschärfung der Umweltsituation und der "sozialen Frage", die sozialsanitäre Säuberung der exporelevanten Stadtbereiche von Armutsbevölkerung, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die Polarisierung in Arme und Angepaßte wurde erwartet. Der Widerstand richtete sich aber auch gegen die EXPO als Veranstaltung, um Akzeptanz für neue Technologien, insbesondere der Gentechnologie, zu schaffen. Demonstrationen, Störaktionen, die Verwüstung des Weltausstellungsbüros B.I.E. in Paris verdeutlichten, daß die EXPO in Hannover nicht ohne weiteres geduldet würde. Eine breite Mehrheit innerhalb der Bevölkerung betrachtete die Planungen skeptisch bis widerwillig.

Dadurch sahen sich die EXPO-StrategInnen gezwungen, eine ökologisch und sozial drapierte Weltausstellungs-"Philosophie" zu präsentieren. Griffige Wortmarken wie "EXPO neuen Typs", "öko-sozialer Stadtumbau", "Bürgerbeteiligung" und nicht zuletzt das Allerweltsmotto "Mensch-Natur-Technik" sollten suggerieren, daß das Großereignis für alle äußerst segensreich sei. Der grüne Umweltdezernent Hannovers fabulierte: "Eine zukunftsweisende 'EXPO neuen Typs' könnte am Beispiel Hannovers aufzeigen, wie die Probleme solcher Ballungsräume mit den Rahmenbedingungen einer Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert gelöst werden können."

Expo 2000 - Hannover

Expo 2000 - Hannover

Die EXPO als nationales Großprojekt

Nach dem Willen der Herrschenden soll die EXPO 2000 das größte nationale Prestige-Projekt seit den Olympischen Spielen '72 in München werden. Als solches muß sie nicht nur aus formalen Gründen gelten, weil etwa die BRD als offizielle Veranstalterin fungiert oder mit 40% der Anteile an der mit der Durchführung beauftragten EXPO-GmbH größte Gesellschafterin ist und zusammen mit der Deutschen Wirtschaft (20%) die Mehrheit hält, sondern vor allem hinsichtlich ihres ideologischen Charakters. Als z.B. Schäuble in Sachen EXPO verkündete: "Orientierung zu vermitteln ist schon immer die klassische Aufgabe von Eliten gewesen", brachte er diesen Sachverhalt auf den Punkt. Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die "Schwelle zum 3. Jahrtausend" zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit als geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die - wohlgemerkt selbstdefinierten - Probleme gleich mit? Das "anspruchsvolle Motto Mensch-Natur-Technik" verpflichte dazu, "Lösungsansätze aufzuzeigen" für "die großen Weltprobleme" wie z.B. die Ernährung und Energieversorgung einer "sprunghaft anwachsenden Weltbevölkerung". Die Lösungen dafür haben sie schon lange parat: Gentechnologie, Atomkraft, Geburtenkontrolle im Trikont und zum Behufe der größtmöglichen Partizipation der Einzelnen am Weltgeschehen den Daten-Highway. Zugegeben, das sind alles keine Novitäten, die Argumentationen

sind hinlänglich bekannt. Nie jedoch konnten sich die Herrschenden mit ihren Plänen derart öffentlichkeitswirksam und gutmenschenartig verkaufen, wie sie es auf der EXPO vorhaben: "Wir haben die Technik, um die globalen Probleme zu lösen. Wir haben das Wissen, um den Menschen mit der Natur zu versöhnen", hieß es vor einigen Jahren in einer EXPO-Broschüre der Niedersächsischen Landesregierung, und vor kurzem ergänzte Zukunftsminister Rüttgers, daß sich Deutschland "mit normalem nationalen Selbstbewußtsein" präsentieren solle. Einmal mehr soll am deutschen Wesen die Welt genesen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland will das "magische Datum" des Jahrtausendwechsels nutzen, um sich als imperiale Großmacht darzustellen.

"Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit"

Die deutsche Wirtschaft, die der EXPO und ihrem Motto anfangs nicht allzuviel abgewinnen konnte (alles viel zu "öko"), hat mittlerweile Lunte gerochen und ist nicht nur auf den Zug aufgesprungen, sondern stellt auch die Weichen. Die EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender der BDI-Geschäftsführer von Wartenberg ist, hält zwar nur 20% der Anteile an der EXPO GmbH, doch verfügt das Kapital über die Hälfte der 10 Sitze im Aufsichtsrat, da der Bund zwei und das Land Niedersachsen einen Sitz an Spitzen-Manager abgetreten hat. Die Beteiligungsgesellschaft hat die Marschroute festgelegt: "Im gemeinsamen Interesse der Unternehmen liegt es, wenn sie ihre Kompetenz deutlich und ihre gesellschaftspolitische Rolle verständlich machen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems unterstreichen." Die Wirtschaft müsse dazu:
"1. Problembewußtsein, z.B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch
2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß
3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der EXPO für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit
4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.
Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden."

Selbstinszenierung des Kapitals

Dargestellt werden soll das Ganze im sog. Themenpark, den sie selbst das "thematische Herzstück" der EXPO nennen. Dessen inhaltliche Ausgestaltung soll sog. "Systemführern" obliegen, wobei ursprünglich an "neutrale Experten" gedacht wurde. Die Wirtschaft sträubte sich massiv gegen diese Pläne, da sie eine zu kritische

Ausrichtung der Veranstaltung befürchtete. Mit Erfolg wurde das Ausbleiben von Sponsorengeldern und teilnehmenden Unternehmen angedroht, so daß der Wirtschaft weitreichende Mitbestimmung bei der Benennung der "Systemführer"eingeräumt wurde. Während in der Öffentlichkeit die EXPO nach wie vor zur ultimativen Weltrettungsveranstaltung hochstilisiert wird, jubeln die Szeneblätter des deutschen Kapitals: "Der wichtigste Schritt ist geschafft: Das Öko-Konzept, mit dem die Veranstalter der EXPO 2000 anfangs potentielle Partner aus der Industrie verunsichert hatten, ist vom Tisch."

Fragen wie die nach der Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums oder nach einem evtl. anderen politischen und ökonomischen System werden mit Sicherheit im Themenpark der EXPO nicht gestellt werden. Die EXPO 2000 wird genau das, was Weltausstellungen schon immer waren: Selbstinszenierungen kapitalistischer Macht, die das Kulturverständnis der Herrschenden transportieren, und insofern Widerspiegelung des Zeitgeistes. Es werden "Technikakzeptanz" und "Zukunftsfähigkeit" propagiert, womit die EXPO genau den ideologischen Faden aufgreift, der u.a. auch in der aktuell diskutierten Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Wuppertal-Instituts gewoben wird. Der dort beschworene grün getünchte Kapitalismus wird in der EXPO 2000 sein Schaufenster und Sprachrohr finden.

So ist es auch kein Wunder, daß Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Mit-Autor des Buches "Faktor vier" und Leiter eben jenes Instituts, Mitglied im sogenannten International Advisory Board der EXPO ist. Die Aufgabe dieses Beratungsgremiums, dem der Präsident des Club of Rome, Ricardo Diez-Hochleitner, vorsitzt, ist u.a. "die spezifischen Probleme der Dritten Welt bei der Weltausstellung zu integrieren."

Dasselbe in grün: Agenda 21

Umso erstaunlicher ist, daß die EXPO-BetreiberInnen die Agenda 21 erst vor rund einem Jahr als propagandistischen Aufhänger entdeckt haben. Im Sinne einer "kritischen, umweltbewußten" Marktwirtschaft ist die Agenda 1992 in Rio auf der UN-Umweltkonferenz beschlossen worden. In dieser Absichtserklärung wird das Prinzip der "nachhaltigen Entwicklung" zum Stein der Weisen erhoben. Liberalisierung des Handels, "Stärkung der Rolle der Unternehmen", "Förderung von Wettbewerbsmärkten" und Technologien wie z.B. Biotechnologie oder Atomkraft werden darin als Strategien zur Lösung "drängender Menschheitsfragen" angesehen und als nachhaltig bezeichnet.

Gründe für Hunger und Armut, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege und Umweltzerstörung werden dort so definiert, daß nicht die kapitalistischen Verhältnisse als Ursache benannt werden und gleichzeitig nur den Industrienationen und Konzernen des Nordens die Lösungskompetenz

Veranstaltungen

TANIA
La Guerrillera

16mm Film, BRD 1991, 90 min. Regie: Heidi Specogna, Dokumentarfilm
Im August 1967, wenige Wochen vor Che Gueveras Tod gerät seine Nachhut in einen Hinterhalt des bolivianischen Militärs und wird fast restlos aufgerieben. Unter den gefallenen Guerrilleros befindet sich eine Frau, die unter dem Partisaninnennamen "Tania la Guerrillera" in die Befreiungsgeschichte der lateinamerikanischen Völker eingegangen ist. Erst Monate später wird ihre Identität bekannt: Tamara Bunke, 30 Jahre, DDR Bürgerin. Die Tochter deutscher Kommunisten reiste 1961 nach Kuba und beteiligte sich am Revolutionsprozess. Von März 1967 bis zu ihrem Tod im August kämpfte sie mit der Waffe in der Hand, in den Reihen Che Guevaras für die gemeinsamen Ideale.
Der Dokumentarfilm von Heidi Specogna setzt den vorhandenen Geschichtsbildern, jenen unzulänglichen einer Heldin und Namensgeberin von straßen und Schulen in der DDR, und jenen im Westen verbreiteten einer KGB-Spionin ein anderes entgegen. Aus den Erzählungen der Menschen, die sie als Tamara Bunke kannten und die mit ihr für die Befreiung der lateinamerikanischen Völker gekämpft haben, entsteht ein vielschichtiges Portrait einer selbstbewußten und kämpferischen Frau und zugleich ein spannender und aufschlußreicher Beitrag zur jüngsten Geschichte.

Mi. 02.10. um 20.00 Uhr

Ernesto "Che Guevera"
Das bolivianische Tagebuch

Video, CH/Fr. 1994, 94 min. Regie: Richard Dindo
Der Schweizer Dokumentarfilmemacher Richard Dindo setzt dem Revolutionär Ernesto "Che Guevara" ein gelungenes filmisches Denkmal, indem er die letzten elf Monate im Leben des kubanischen Revolutinärs in der unzugänglichen bolivianischen Landschaft im Kampf gegen die Regierungstruppen mit subjektiver Kamera nachzeichnet. Dindo zeigt, warum mit Guevara die Ära des Revolutionärs, der die Idee der Macht vorzog, zu Ende ging.

Mi. 09.10. um 20.00 Uhr


im: El Locco Kreuzbergsfr. 43 10965 Berlin



Neue Öffnungszeiten der Bibliothek:
Freitags 18.00 - 20.00 Uhr und Sonntags 16.00 - 19.00 Uhr



El Locco

10965 Berlin, Kreuzbergstr. 43
Tel.: 785 99 73



Eine musikalische Revue, mit Liedern, Texten und Songs von Friedrich Hollaender.

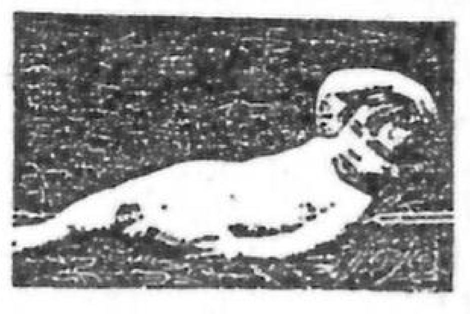
Freitag, den 4. Oktober 1996 um 20.00 Uhr Eintritt 10.- DM

Mit eenem Ooge kiekt der Mond...

Zum 100. Geburtstag von

Friedrich Hollaender





* 18.10.1896
✝ 18.01.1976

Ausführende:
Irmgard Eilers
& "Die Tiefstapler"
Musikalische Begleitung:

BEST
1903 – 1989





Organisationsaufbau des RSHA, Stand: 1.2.1940

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Heydrich)

Amt I	Amt II	Amt III	Amt IV	Amt V	Amt VI
Verwaltg. u. Recht	Gegnerforschung	Deutsche Lebensgebiete	Gegnerbekämpfung	Verbrechensbekämpfung	Ausland
(Dr. Best)	(Prof. Dr. Six)	(Ohlendorf)	(Müller)	(Nebe)	(Jost)

Infoveranstaltung mit Diskussion
Wie ersichtlich war Best Mitglied des << inneren Elite Kreises>> der SS. Aufgewachsen im Rheinländischen kam er schon früh zur völkischen Bewegung. In den 20er Jahren gehörte er zu einer Vielzahl nationalrevolutionärer Ideenzirkeln. Darunter erfolgte die Bekanntschaft mit Ernst Jünger. 1930 dann der Eintritt in die NSDAP. Der promovierte Jurist erkannte seine Chance und stieg trotz Abneigung der plebejischen, antiintelektuellen Nazimitglieder als "Rechtsberater" ein. Und trumpfte groß auf. Der Boxheimer Skandal machte ihn damals reichsweit bekannt. Zwar verlor er sein Juristenjob - doch 1933 holte ihn damals Heydrich zu seinem Machtkreis. Für Best nun die Möglichkeit seine elitäre Volksideologie einzubringen. So war er im Besitz der Mordliste gegen die "natinal-bolschewistische" SA, bekannt als Röhmputsch.

Er galt als integerer galant Auftretender (ohne Wutausbrüche) und arbeitete emsig an der <<SS-Elitezüchtung>>. Ohne Anflug eines "Psychopathen" war es ihm kein Greuel an der "Judenvertreibung" sein "Organisationstalent" zu nutzen. Anfang der 40er Jahre als Verwaltungsexperte in Frankreich tätig. Ende 1942 bis 1945 als Reichsbevollmächtigter in Dänemark. Später als Direktor im Stinnes-Konzern. 1968/69 geriet er noch mal in die Medienlandschaft. Als einer der ranghöchsten SSler sollte ein Prozeß gegen ihn laufen. Doch Best als <<spezieller schreibtisch-eliminatorischer Täter>> mußte in Berlin keine große Bange haben.

Sa. 05.10. um 19.00 Uhr

im: El Locco Kreuzbergstr. 43 10965 Berlin




Termine

2.10	20 Uhr	El Locco	Video: "Tania La Guerillera"
3.10	11 Uhr	München - Stachus	Demo gegen die nationalen Einheitsfeiern. "Es gibt nichts zu feiern!!!"
	5 vor 12	Alexanderplatz	AMOK-Jubelparade "Der Mob lacht das Militär aus"
	14 Uhr	Volxpark Friedelhain - Am Märchenbrunnen	AMOK-Kundgebung und -musikprogramm
	21 Uhr	Tommy-Weißbecker-Haus	Konzert: C.M.F. - HC
	21 Uhr	Köpi 137	Video: "Fallen Angels" & "Days Of Being Wild"
4.10.	13-15 Uhr	Flughafen Schönefeld	Tag des Flüchtlings: Mahnwache gegen Abschiebungen vor dem Flughafengebäude (Flüchtlingsrat)
	16-18 Uhr	Breitscheidplatz	Kundgebung gegen rassistische Razzien auf dem Breitscheidplatz
	19.00 Uhr	Haus der Demokratie	Veranstaltung "Weg mit den §§ 129/ 129a"
	20.30 Uhr	Club JoJo	Video: "Romper el cerco - Flüchtlinge eines verdeckten Krieges" (Guatemala)
	21 Uhr	Größenwahn	FrauenLesbenVideoKino: "Dialogues With Madwomen" (OmU)
5.10.	18 Uhr	Glotze: FAB	"Standort Freiraum. Wagendörfer in Berlin". ½-stündiges Portrait von WagenburglerInnen.
	19 Uhr	ElLocco	Infoveranstaltung und Diskussion: Best
	22 Uhr	Ex	AGW-Party. "Kollektive Restbestände in Berlin bitten zum Tanz"
	23 Uhr	Rigaer Str. 83	Friedelhainer Kiez-Disco - Soli-Party
6.10	11-16 Uhr	17.Juni/ Entlastungsstr.	Anti-Tunnel-GmbH: "Verwässert - Vergiftet - Zukunft?!? Aktionen und Diskussionen um Bauvorhaben in Berlin
8.10.	21 Uhr	El Locco	Kinderarbeit zum Wohlstand Europas. Videodoku mit anschließender Diskussion.
9.10.	20 Uhr	El Locco	Video: "Ernesto Che Guevara. Das bolivianische Tagebuch"
10.10	19.30 Uhr	Infoladen Omega	FrauenLesbentag: Video "Two Girls In Love", Coctails und warmes Essen
12.10.	11.30 Uhr	Blücher-Platz (Hallesches Tor)	FrauenLesben-Demo: "Stoppt die deutschen Kriegsgeschäfte! Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf"
10.10.- 20.10.		Hüttendorf gegen die A33, Borgholzhausen	Aktionstage

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

seit Mitte Juli hat der Infoladen Omega und die Omega-Box eine neue Telefonnummer.
Bitte veröffentlicht diese in der nächsten Ausgabe.

Liebe Grüße, Infoladen Omega

Achtung ! Neue Telefonnummer

Infoladen Omega Telefon: 454 82 207 vorher: 453 70
Fax: 454 82 208 vorher: 453 86
Omega-BBS: 454 82 209 vorher: 453 73

seit Juli '96

e-mail: omega@omega.comlink.
wnz@omega.comlink.

Infoladen Omega

Sparrstr. 21
13353 Berlin-Wedding

Öffnungszeiten :

Mo., Mi., Fr. 17.⁰⁰ - 20.⁰⁰ Uhr

Do.: Frauentag 17.⁰⁰ - 20.⁰⁰ Uhr

Mo.: MieterInnen-Information
durch die Berliner MieterInnenGemeinschaft e.V.

Mi.: offenes Mailbox-Treffen der Omega-BBS

Fr.: ab 18 Uhr Redaktionstreffen der Weddinger Neuesten Zeit

